

**Recklinghausen**

**Kinobesitzer Politt:  
Kapitalist mit Herz**

**Volkszählungs-Pleite:  
Exklusivbericht**

**Recklinghäuser Zeitung  
Manipulierte  
Berichterstattung**





Nach Kritik an der Kassenführung:  
Entlastung des Schmiede-Vorstandes vertagt

Seite 4

## Roma in Recklinghausen - Ein Beispiel

Seite 6

Antifaschistischer Bund:  
"Polizeipräsident Recklinghausens setzt  
Grundrechte außer Kraft"

Seite 9

Interview mit Gerd Politt:  
Ein Kapitalist mit Herz

Seite 10

## Die Ghostwriter der Recklinghäuser Zeitung

Wer schreibt bei der Recklinghäuser Zeitung die Artikel? Natürlich die Redakteure. - Weit gefehlt! Einflußreiche Kreise haben hier die Hände im Spiel, wie die Berichterstattung über den Prozeß des Buchhändlers W. deutlich macht.

Seite 14

## Volkszählungs-Pleite: Exklusivbericht

Nachdem im STERN am 22. Juni erste Hinweise auf die statistische Pleite der Volkszählung erschienen, veröffentlicht ZETT als erste Zeitschrift Auszüge aus einem bisher nicht veröffentlichten wissenschaftlichen Bericht. Der Autor des Beitrages, Peter Lautsch, arbeitet für das WDR-Fernsehen und hat am 10. Juni in einem Beitrag für die Aktuelle Stunde das "Verschwinden" von fast 7.000 Bergarbeiter in Recklinghausen aufgezeigt.

Seite 16

## Volkszählung - und kein Ende:

Nach fünf Minuten war der Spuk vorbei. Das Verfahren gegen eine Volkszählungsgegnerin aus Recklinghausen wurde eingestellt. Das dicke Ende kam erst hinterher. Ein Bericht über einen Zeitungsartikel der Recklinghäuser Zeitung und seine Folgen.

Seite 19

Bleiwüste:  
Essay zu lokaler Kultur

Seite 20

Dokumentation:  
Seit 600 Jahren verfolgt - Die Geschichte der  
Sinti und Roma in Deutschland

Seite 24

Rubriken:  
Kultursplitter  
Impressum  
Kontakte und Adressen

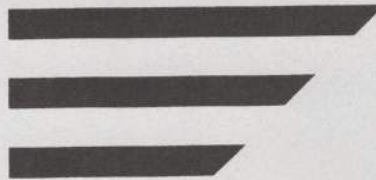
Seite 22

Seite 9

Seite 27

# Nach Kritik an der Kassenführung: Entlastung des Schmiede-Vorstands vertagt

*Zunächst schien es so, als sollte die diesjährige Mitgliederversammlung des Vereins Altstadt Schmiede e.V. so verlaufen, wie schon in den Jahren zuvor. Lediglich der Punkt "Verschiedenes", der neben dem Jahresbericht 1989, dem Kassenprüfungsbericht sowie der Entlastung und Neuwahl des Vorstands auf der Tagesordnung stand, enthielt Brisanz. Hier sollte der Konflikt zwischen der Altstadt Schmiede und dem Antifaschistischen Bund Recklinghausen zur Sprache kommen. Doch es kam alles ganz anders.*



VON KLAUS WITHÖFT

Schon in seiner Begrüßungsrede ließ Vorstandsmitglied Werner Hartmann durchblicken, daß der Kassenprüfungsbericht anders als erwartet ausgefallen war und deutete an, daß der Vorstand möglicherweise nicht

entlastet werden könnte. Genau dahin ging dann auch der Vorschlag, den die beiden Kassenprüfer, Thomas Rokus und Erich Behrendt in ihrem Bericht der Mitgliederversammlung unterbreiteten.

Zwei Punkte standen im Zentrum der Kritik. Zum Einen habe eine Inventur der beweglichen Güter, die im Besitz des Vereins sind, nicht stattgefunden. Damit könne keine Aussage über den Vermögensstand des Vereins getroffen werden. Zum anderen habe den Kassenprüfern keine aussagekräftigen Belege über die Personalkosten vorgelegen, die mit rund 254.000 DM den größten Ausgabeposten ausmachen.

Weitere Kritikpunkte waren die mangelnde Transparenz der Einnahmen und Ausgaben der Tageskasse und die allgemeine Struktur der Buchführung. Zusammenfassend heißt es im Kassenprüfungsbericht: "Insgesamt konnte festgestellt werden, daß im Rahmen der bestehenden Struktur der Buchhaltung die Kontierungen sauber und korrekt durchgeführt wurden und auch die Belege vollzählig sind. Die summarischen Ergebnisse wurden stichprobenartig überprüft und keine Fehler gefunden.

Hinderlich für die Arbeit der Kassenprüfer war, daß die näheren Aufgaben der Kassenprüfer aus der Satzung des Vereins nicht hervorgehen. Auch sind keine Beschlüsse der Mitgliederversammlung dazu bekannt.

Die oben angeführten Punkte sind so schwerwiegend, daß eine Entlastung des Vorstandes zum



Vorstandsmitglied Werner Hartmann, neben ihm  
Vorstandsmitglied Ingrid Kahe

Foto: Anke Behrendt



Altstadtschmiede-Geschäftsführer Werner Pesarra  
(links)

Foto: Anke Behrendt

jetzigen Zeitpunkt nicht empfohlen werden kann."

In ihren Beschlußempfehlungen regten Rokus und Behrendt die Berufung eines Ausschusses an, dessen Aufgabe die Erarbeitung eines Geschäftsordnungsentwurfs sein sollte, in dem dann auch die Aufgaben der Kassenprüfer näher umrissen werden könnten. Nötig sei auch eine Neuregelung der Vereinsbuchführung, bei der auf die Dienste externer öffentlicher Beratungsinstitutionen zurückgegriffen werden solle.

In der darauf folgenden Diskussion wurde seitens des Vorstandes und des Geschäftsführers Werner Pesarra Kritik am Vorgehen der Kassenprüfer geübt. Die fehlenden Belege hätten binnen kurzer Zeit beigebracht werden können, wenn sie angefordert worden wären. Sie hätten alle Belege angefordert,

wiesen Rokus und Behrendt die Vorwürfe zurück. Weiterhin wurde moniert, daß der Bericht erst eine Stunde vor Beginn der Mitgliederversammlung vorgelegen habe. Eine gewissenhafte Prüfung des Inhalts sei so kaum möglich gewesen. Die Zweckmäßigkeit innerfrüher Bekanntgabe sahen die Kassenprüfer auch. Sie wiesen aber darauf hin, daß das bislang nicht üblich gewesen sei und wenn, dann auch für alle schriftlichen Vorlagen zu gelten habe. Ein Beschluß der Versammlung, daß künftig alle Berichte mit der Einladung an die Mitglieder verschickt werden sollen, könne hier Abhilfe schaffen. Auch den Vorwurf, die Kassenprüfer seien penibler vorgegangen als das Finanzamt und die fördernden Stellen ließen Rokus und Behrendt nicht gelten. Sie übten Kritik an der nachlässigen Prü-

fung der letzten Jahre und wiesen darauf hin, daß der Verein schon einmal wegen der Veruntreuung von über 60.000 DM durch ein Vorstandsmitglied "kurz vor dem Abbruch stand".

In der Frage nach den Konsequenzen aus dem Kassenprüfungsbericht herrschte ebenfalls Uneinigkeit. Die angeregte Inanspruchnahme externer Beratungsstellen wurde als zu teuer abgelehnt und die Befürchtung einer Bürokratisierung durch eine übertriebene Buchhaltungspraxis geäußert. Vorstandsmitglied Werner Hartmann schlug vor, das Jugendzentrum Altstadt und das soziokulturelle Zentrum, die beiden Komponenten, die zusammen die Altstadtschmiede ausmachen, buchungstechnisch zu trennen. In der Realität, gab Erich Behrendt zu bedenken, sei eine solche Trennung nicht möglich. Die Umsetzung dieses Vorschlages würde beispiels-

weise bedeuten, daß die nur für den Bereich Jugendzentrum eingestellten MitarbeiterInnen keine Aufgaben im Bereich des soziokulturellen Zentrums mehr übernehmen dürften, es sei denn in ihrer Freizeit. Andernfalls wäre der Verdacht des Subventionsbetruges gegeben. Trotz dieses Einwandes sprachen sich auch die übrigen Vorstandsmitglieder (Ingrid Kahe und Bernd Menzel) für die Verwirklichung dieses Konzepts aus.

Die Diskussion, in der die sachliche Auseinandersetzung oft durch persönliche Anfeindungen und Unterstellungen ersetzt wurde, endete nach über zweistündiger Dauer mit der Vertagung der Sitzung auf den 14. August. Dann soll endgültig über die Entlastung des Vorstandes entschieden werden. Es wäre zu hoffen, daß dann auch Zeit für die längst überfälligen inhaltlichen Diskussionen bliebe.

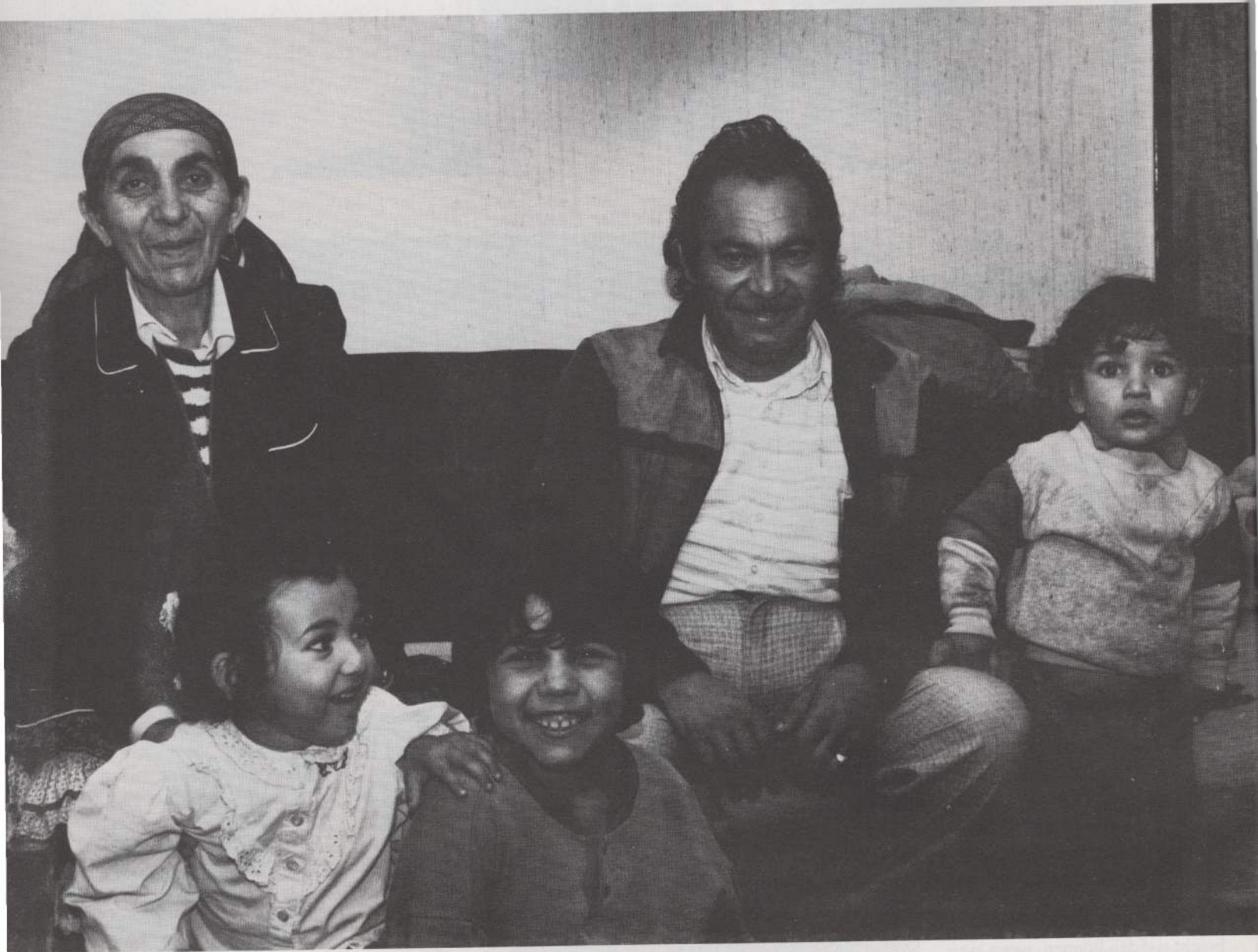
«««

# Roma in Recklinghausen

ein Beispiel

VON KLAUS WITHÖFT

*Miloje Mijailovic' ist Roma. Er lebt zusammen mit Frau Jelka und den Enkeln Vladan, Lidia und Garan seit einigen Monaten in Recklinghausen. Sein Schicksal ist typisch für viele Roma, die in Jugoslawien geboren wurden und ihre Heimat in den letzten Jahren verlassen haben.*



Die Familie Mijailovic' : Jelka (57), Lidia (5), Vladan (9), Miloje (57) und Garan (3)

Miloje wurde 1932 geboren. An seine Eltern hat er keine Erinnerungen mehr. Als er sieben Jahre alt war, wurde die gesamte Familie von der deutschen Wehrmacht nach Belgrad verschleppt und erschossen. Nur Miloje, sein fünfjähriger Bruder und eine Schwester, die damals vier Jahre alt war, blieben verschont. Zusammen mit ihrem Onkel flüchteten die drei und hielten sich in den Wäldern vor den Deutschen versteckt. Bis zum Kriegsende lebten sie in ständiger Angst vor der Einsatzgruppe der SS.

Eine Entschädigung für das erlittene Unrecht hat Miloje, genau wie alle anderen ausländischen Roma, nicht erhalten. Unter diesen Vorzeichen war der weitere Lebensweg absehbar. Eine Schule konnte er nie besuchen, da dafür das Geld des Onkels, der auch noch fünf eigene Kinder zu versorgen hatte, nicht ausreichte. Seinen Lebensunterhalt verdiente Miloje zunächst durch Betteln. Später erlernte er von seinem Onkel das Handwerk des Kesselmaachers und zog mit ihm von Dorf zu Dorf.

Einige Jahre später lernten sich Miloje und Jelka kennen und heirateten kurze Zeit später. Die beiden und ihre drei Kinder lebten vom Verkauf selbstgemachter Kessel auf den Märkten. Doch das Ende des Krieges und das neue, sozialistische Gesellschaftssystem bedeutete für die Roma in Jugoslawien keineswegs ein Ende der sozialen Benachteiligung und der Verfolgung durch die Behörden.

Diese Erfahrungen mußte auch Miloje machen. Einen Gewerbeschein konnte er sich wegen der dann fälligen hohen Steuern nicht leisten. Der Handel mit seinen Waren war ihm offiziell verboten. Die Familie war dauernd auf der Hut vor den Behörden. Sobald die Polizei in der Nähe der Marktplätze auftauchte, wurden schnell die Sachen gepackt.

Da der Erlös aus dem Verkauf der Produkte nicht zum Leben reichte, arbeiteten Miloje und

Jelka im Sommer zusätzlich als Hilfskräfte in der Landwirtschaft. Geld gab es dafür nicht. Der Lohn wurde in Naturalien ausgezahlt. Andere Tätigkeiten waren nicht zu bekommen, da Jelka und er keinen Beruf erlernt hatten und auch bei anderen Hilfsarbeiten Jugoslawen anderer Nationalitäten bevorzugt wurden.

Als ihr Sohn vor einiger Zeit ins Gefängnis kam, weil er gegen die Benachteiligungen protestiert hatte, fiel Miloje und Jelka auch noch die Verantwortung für ihre drei Enkelkinder zu, deren Mutter schon früh verstorben war.

Inzwischen verkaufte Miloje selbstgemalte Bilder. Der Verkauf von Kesseln rentierte sich überhaupt nicht mehr. Aus den schon genannten Gründen kam es wiederum zu Konflikten mit den Behörden. Bei einer Kontrolle der Polizei wurden die Bilder beschlagnahmt, und Miloje selbst sollte verhaftet werden. Doch gelang es ihm, sich der Verhaftung nach einem Handgemenge durch Flucht zu

entziehen. Bei dieser Aktion wurden nahezu alle seine Bilder zerstört.

Milojes Verzweiflung über den Verlust seiner Lebensgrundlage und die Sorge um die Existenz der Familie wurde von einem professionellen Schlepper rücksichtslos ausgenutzt. In Deutschland, so wurde ihm versprochen, warte ein besseres Leben auf ihn. Er brauche dort nur Asyl zu beantragen.

Für umgerechnet 100 DM wurden die Fünf in einem Kleinbus illegal über die Grenze transportiert und nach einer längeren Fahrt mit unbekanntem Ziel in Recklinghausen-Süd abgesetzt. Mit den Worten "Dort wohnen die anderen Zigeuner, die werden euch weiterhelfen" wurde den Mijailovic's der Weg zur Strükedestraße gewiesen.

Dort sind zur Zeit acht Roma-Familien untergebracht. Die gehören zu einer Gruppe von mehreren tausend Personen, die teilweise seit zwanzig Jahren in Europa hin- und hergeschoben

**SONNENBLUME**  
Groß & Reuter  
SPRINGSTR. 2  
RECKLINGHAUSEN  
02361/13 927



- \* Lebensmittel aus kontrol. biologischem Anbau  
täglich frisch: Obst und Gemüse  
Brot  
Milchprodukte
- \* Naturkosmetik
- \* Linn-Naturschuhe
- \* Auro-Naturfarben

*ANDERS PRODUZIEREN, ANDERS ARBEITEN, ANDERS LEBEN*

*Geschäftszeiten: Mo.-Do. 9-18 Uhr, Sa. 9-13 Uhr*

werden. Die meisten dieser Roma stammen aus Jugoslawien, verfügen in der Regel über keine Papiere, ihre Kinder sind in verschiedenen westeuropä-

ischen Ländern geboren und haben keinen Bezug mehr zu der Heimat ihrer Eltern.

Die Stadt Recklinghausen gibt vor, die "größten Bemühungen"

zu unternehmen, um die Situation der Roma zu verbessern. Doch die Realität sieht anders aus. Die Familien werden bisher ausschließlich in den abbruchreifen "Schlichtwohnungen" an der Strünkedestraße untergebracht. In diesen Wohnungen besteht insbesondere für Säuglinge und Kleinkinder eine erhöhte Gesundheitsgefährdung aufgrund von Feuchtigkeit und Pilzbefall. Ein fundiertes Konzept für die Unterbringung und Betreuung der Roma gibt es in Recklinghausen bisher nicht. Ein solches Konzept soll aber derzeit bei der Verwaltung in Arbeit sein.

Der Problematik angenommen hat sich inzwischen der Koordinationskreis für Flüchtlingsfragen. Auf dessen Initiative wurde eine Roma-Arbeitsgemeinschaft ins Leben gerufen, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, für eine "konsequente Verbesserung der Menschenrechtssituation und der konkreten Lebensbedingungen der Roma in der BRD und speziell in Recklinghausen" einzutreten. In einer Stellungnahme kritisiert die Roma AG die Haltung der Stadt: "Anstatt mit Hilfe einer sachkundigen und humanen Sozialpolitik zur Verbesserung der Lage der Roma beizutragen, trägt das Verhalten der Verantwortlichen der Stadt Recklinghausen eher dazu bei, den Kreislauf aus Vertreibung bzw. Ausweisung, Armut und Illegalität auch weiterhin aufrechtzuerhalten." Neben der Zuweisung unzumutbaren Wohnraums wird auch die restriktive Praxis des Sozialamtes verurteilt.

In letzter Zeit waren Mitarbeiter der Behörde fast täglich in die Strünkedestraße gekommen, um Wohnungs- und Paßkontrollen durchzuführen. Bei Nicht-Antreffen von Personen wurde die Sozialhilfe sofort gekürzt. Diese "vertreibende Hilfe" hatte den Erfolg, daß viele Roma-Familien Recklinghausen inzwischen verlassen haben. Von den rund 150 Roma, die noch Anfang des Jahres hier wohnten, sind nur noch die zitierten acht Familien übrig-

geblieben. Für diese Familien versucht die Roma AG, die sich übrigens jeden Dienstag um 18.30 Uhr im Kontaktbüro der Arbeiterwohlfahrt in der Strünkedestraße trifft, Partnerschaften mit deutschen Familien zu vermitteln.

Die Partnerfamilien sollen den Romas z.B. Hilfestellung bei Amtsgängen, Arztbesuchen und bei der Lösung von Konflikten mit Nachbarn oder in der Schule leisten. Darüber hinaus sollen sie sich auch auf offizieller Ebene für die Verbesserung der Lebensbedingungen, insbesondere für die Erteilung einer langfristigen Aufenthaltserlaubnis oder zunächst einer Duldung aus humanitären Gründen nach Ablehnung der Asylanträge einsetzen. In die gleiche Richtung ging auch ein Bürgerantrag, den der Koordinationskreis für Flüchtlingsfragen an den Rat der Stadt gestellt hatte. Dort wurde neben der Duldung der Roma aus humanitären Gründen und der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen auch gefordert, daß die Stadt Recklinghausen an die Landesregierung und den Städtetag herantritt, um eine landesweite Regelung des Bleiberechts für Roma-Familien zu erwirken. Der Antrag wurde auf der Ratsitzung am 19.6. zur weiteren Beratung an den Sozialausschuß überwiesen.

Auch Miloje Mijailovic', dessen Asylverfahren zur Zeit noch läuft, möchte mit seiner Familie in Recklinghausen bleiben. Seine Enkel sollen hier zur Schule gehen, um einmal bessere Lebensperspektiven zu haben als ihre Eltern und Großeltern. Doch die Zukunft ist ungewiß. Das Asylbegehren wird mit großer Wahrscheinlichkeit abgelehnt. Dann beginnt die Angst vor der Abschiebung. Und nach Jugoslawien zurück - das will Miloje auf keinen Fall.

«««



*Die Wände sind schwarz vor Schimmel und Pilzen. Eine Gesundheitsgefahr, insbesondere für die Kinder.*





## Antifaschistischer Bund:

# "Polizeipräsident setzt Grundrechte außer Kraft!"

Am Freitag, dem 16. Juni 1989, beabsichtigten der Antifaschistische Bund, die Grünen, die Jungsozialisten, der Flüchtlingsrat, die DKP und die MLPD, eine gemeinsame Kundgebung zu den Europawahlen durchzuführen. Thema: Europa und die Gefahr des Neofaschismus. Die Anmeldung dieser Kundgebung hatte der AFB übernommen. Am Donnerstag, dem 15. Juni 1989, hat der Polizeipräsident von Recklinghausen, Dr. Wirsdorf, diese Kundgebung auf dem "Alten Markt" höchstpersönlich verboten!

Und zwar aus einzig und allein dem Grund, weil am Freitag, dem 16.6., auf dem südlichen Teil des Marktes Herr Blüm von der CDU weilte. DAS IST EIN SKANDAL!

Der Kundgebungsort auf dem nördlichen Teil des Marktes war den Organisatoren vom Ordnungsamt bereits zugewiesen worden, als der Polizeipräsident sein Verbot aussprach.

Die geradezu abenteuerliche Begründung für diese Maßnahme:

"Wenn auch der südliche und nördliche Teil des Marktplatzes ca. 60 m auseinanderliegen, so ist doch die Entfernung zu den gegensätzlichen Parteien relativ gering. Das Abhalten einer öffentlichen Kundgebung durch Sie an der vorgesehenen Stelle würde unweigerlich zu einer Konfrontation nicht nur mit dem politischen Gegner, sondern auch der Teilnehmer untereinander führen. Aufgrund polizei-

licher Erfahrungen wäre daher Ihre Veranstaltung, ... nur durchzuführen, wenn schärfste polizeiliche Zwangsmittel eingesetzt werden."

Klartext: Nach Meinung des Polizeipräsidenten sind die politischen Meinungen der veranstaltenden Organisationen zu verbieten, wenn sie in der Nähe der CDU (die "gegensätzliche Partei") geäußert werden. Mit vermutlich dem gleichen Wortlaut hat der Polizeipräsident wahrscheinlich einige Kundgebungen der neofaschistischen DVU untersagt, wenn andere Parteien für die von der DVU gewünschten Plätze Kundgebungen oder Informationsstände angemeldet hatten. Er meint wohl, hier "gleiches Recht für alle" durchsetzen zu müssen. In welcher Ecke er die veranstaltenden Organisationen einordnet, wird auch an der Begründung für den als Kundgebungsplatz "verordneten" Löhrhof deutlich:

"Im übrigen weise ich darauf hin, daß der Löhrhofplatz regelmäßig für Veranstaltungen nach dem Versammlungsgesetz in Anspruch genommen wird."

Die einzigen, die - unter massivem Polizeischutz - den Löhrhof in den vergangenen Wochen zweimal nutzen durften, waren die Neofaschisten von der DVU!

Daß der Polizeipräsident der Linie folgt: "Faschisten = Antifaschisten", wird auch durch folgende aberwitzige Behauptung in seiner Verbotsbegründung deutlich. Er schreibt:

"Selbst eine von Ihnen persönlich beabsichtigte friedliche Durchführung der Veranstaltung kann nicht verhindern, daß zu Gewalttätigkeit neigende Gruppen sich Ihrer Kundgebung anschließen, hierdurch sich in ihrer eigenen politischen Auffassung gestärkt fühlen und dadurch tätliche Auseinandersetzungen mit den politisch andersdenkenden Passanten provozieren."

Klartext: Den Jusos, den Grünen, dem AFB etc. wirft der Polizeipräsident vor, auf ihren Kundgebungen würden "Gewalttäter" ermuntert! Warum hat er mit der gleichen Begründung nicht die Kundgebung der CDU mit Herrn Blüm verboten?

Fazit: Ein Polizeipräsident, der sich dermaßen zum politischen Oberzensor erklärt, demokratische Grundrechte nach Belieben außer Kraft setzt, hat in einem demokratischen Gemeinwesen nichts verloren!

Für die Teilnehmer der antifaschistischen Kundgebung am Freitag, dem 16.6.89, Antifaschistischer Bund Recklinghausen c/o W. Tschentscher Börster Weg 36 4350 Recklinghausen

«««

*In einer Presseerklärung kritisiert der Antifaschistische Bund ein Verbot des Recklinghäuser Polizeipräsidenten, Dr. Wirsdorf, am 16. Juni eine Kundgebung zum Thema "Europa und die Gefahr des Neofaschismus" auf dem Alten Markt durchzuführen.*

## Impressum

ZETT - Recklinghausen (vormals "Holzwurm")  
Schaumburgstr. 14, 4350 Recklinghausen, Tel. 02361/13852  
Herausgeber/Verlag: "Ziegelbrenner" Verlagsgesellschaft mbH, Recklinghausen  
Satz und Druck: Institut für Medien und Kommunikation, Bochum  
Verantwortlich für diese Ausgabe: Klaus Withöft  
Erscheinen: monatlich  
Einzelpreis: DM 1,00  
Abonnement: DM 18 oder mehr für 12 Ausgaben  
Überweisungen gelten als Bestellung, daher bitte deutlich lesbar Name und Anschrift angeben.  
Überweisungen und Einzahlungen vorläufig an: R. Kropla/Zett, Konto 100 187 848 bei der Stadtsparkasse Recklinghausen (BLZ 426 500 30).  
Anzeigenverwaltung: Ursula Straubel, St. Urbanuskirchplatz 5, 4650 Gelsenkirchen-Buer, Tel. 0209/390025. Es gilt die Anzeigenpreisliste 1/89.  
ISSN 0176-8174

Diese Ausgabe hat die Heftnummer 135/136, 14. Jahrgang, Juli/August 1989.  
Auflage: 8.800  
ZETT ist eine unabhängige Lokaltzeitung in Recklinghausen. Alle genannten und ungenannten Redaktionsmitglieder arbeiten ehrenamtlich und unentgeltlich, sie sind über die Redaktionsadresse erreichbar. Entscheidungen treffen ausschließlich und gleichberechtigt die Mitarbeiter/innen.



# Kinobesitzer Politt: Kapitalist mit Herz

*Ein Interview und ein Kommentar*

VON FRANK STACH

**Zett:** Herr Politt, wo findet im nächsten Jahr das Festival "Leinwandfrei" statt?

**POLITT:** In Recklinghausen - warum nicht!?

**ZETT:** Trotz des eher bedeckten Verhaltens der Stadt Recklinghausen?

**POLITT:** Nun, das betrifft nicht nur die Kooperation mit der Stadt als Kommune, als

Verwaltungsspitze, sondern das städtische Klima überhaupt.

**ZETT:** Ist das Klima hier zu konservativ?

**POLITT:** Ich habe es in der Tat überschätzt.

**ZETT:** Und die Kommune?

**POLITT:** Man muß das alles mal in Relation setzen. Schauen sie sich die entsprechenden

Veröffentlichungen in den Fachzeitschriften an. Dort erfahren sie, was von Kommunen unterstützt wird. Und mit was für Ergebnissen. Und wenn ich das so vergleiche - dann weiß ich nicht, ob die Stadt Recklinghausen gut beraten ist, wenn die sich so ein Filmfest durch die Lappen gehen läßt. So ein Filmfest, in dieser Konzeption, hat doch niemand hier in Deutsch-

land. Und da wird dann hier in Kauf genommen, daß es eventuell abwandert oder gar einschläft.

**ZETT:** Aber man hätte ja schon vorher feststellen können, daß Kino nicht zum Kulturverständnis in Recklinghausen gehört.

**POLITT:** Hier war es in der Tat nicht der Fall.

**ZETT:** Haben sie denn überhaupt Kontakte zur Kulturamtsleitung?

**POLITT:** Nein. Kontakte habe ich zum Jugendamt, zum Ordnungsamt und zum Bauamt. (lacht)

**ZETT:** Der Kulturdezernent ist nicht ihr regelmäßiger Gesprächspartner?

**POLITT:** Ich habe mit ihm wohl einigemal gesprochen. Ein Problem scheint zu sein, daß "kein Geld da ist". Aber das generelle Problem ist eher, daß keine wirkliche Identifikation stattfindet, ganz zu schweigen von einer konkreten Unterstützung.

**ZETT:** Also auch kein Kommunales Kino in Recklinghausen.

**POLITT:** Nein, auch das nicht. Dabei wäre ich als Kinobesitzer zu einigem Entgegenkommen bereit.

---

*Ich weiß nicht, ob die Stadt Recklinghausen gut beraten ist, wenn die sich so ein Filmfestival durch die Lappen gehen läßt.*

---

**ZETT:** Bietet es sich da nicht an, die Stadt zu wechseln, oder fühlen sie sich Recklinghausen trotz allem verpflichtet?

**POLITT:** Ich habe da leider ein Defizit: Ich bin abergäubisch. Und da ich mit der Firma und dem Filmfest hier angefangen habe, will ich auch versuchen, daran festhalten.

**ZETT:** Sie werden also weitermachen?

**POLITT:** Wissen sie, ich habe Angebote aus anderen Orten gehabt. Kontakte werde ich auch weiterhin aufrecht erhalten. Es gibt da halt über Festivals hinaus, einiges zu tun.

**ZETT:** Sie sagten, daß sie das Klima in Recklinghausen überschätzt hätten. Fehlen vielleicht die Menschen, die in der Lage sind, neue Ideen aufzugreifen?

**POLITT:** Recklinghausen ist doch sehr konservativ. Es gehört schon fast zum Münsterland, eine gewisse charmante, stagnierende Provinzialität herrscht hier durchaus vor. Recklinghausen ist keine schlechte Stadt, es ist hier ganz angenehm. Aber in der Tat, für neue Ideen ist hier kaum einer aufgeschlossen. Und erst wenn ich mit dem Festival wegginge, zum Beispiel nach Marl, wird man sagen, es war doch schön, hätten wir mal...

---

*Recklinghausen ist doch sehr konservativ*

---

**ZETT:** Geht das ihren Unternehmerkollegen hier vor Ort, im gastronomischen Bereich, im Freizeitbereich, auch so.

**POLITT:** Da habe ich wenig Kontakt.

**ZETT:** Könnten sie sich vorstellen, den Kinobereich zu erweitern, indem sie vielleicht

Theateraufführungen anbieten?

**POLITT:** Wir haben das mal mit Kindertheater versucht. Das war erschreckend schwach. Solche Sachen sind von uns allein nicht zu bewerkstelligen. Ich hatte ja auch angefangen, mit KIR Veranstaltungen zu machen. Da wollte KIR sich weiter engagieren, da ist aber nichts mehr gekommen. Das ist mir übrigens sehr peinlich, ich hatte mich damals mit diesen Veranstaltungsankündigungen ziemlich weit aus dem Fenster gehängt. Naja. Aber da wird ab Herbst wieder was stattfinden, das bin ich mir selber schuldig.

**ZETT:** Aber nur nicht mehr mit KIR?

**POLITT:** nem guten Angebot kommt, warum nicht. Aber nicht so wie früher! Im Sinne von: Ihr macht das, wir das - und am Ende machen wir dann halbe halbe. Das will ich nicht mehr.

**ZETT:** Das ist ja schade.

**POLITT:** Wieso?

**ZETT:** KIR wäre eins der wenigen Beispiele, wo sich in Recklinghausen was innovativ bewegt.

**POLITT:** Aber wenn von KIR seit einem halben Jahr kein Vorschlag kommt, dann muß ich mir sagen, daß ich das anders machen muß. Es war damals doch die Situation für mich, daß ich mich hier noch nicht so heimisch fühlte, ich brauchte jemanden, der sich auskannte und das mit mir zusammen macht.

---

*Ich arbeite in meinen Kinos hart mit.*

---

**ZETT:** Wie machen sie das den intern bei 27 Kinos?'

**POLITT:** Ich habe gute Mitarbeiter.

**ZETT:** Sie können sich also bequem zurückziehen?

---

*Leinwandfrei 1989: Gerd Politt zusammen mit dem Schauspieler Eddie Constantin und dem Pressespracher der Ruhrfestspiele, Günther Isemeyer.*



**POLITT:** Nein, nein. Ich arbeite hart mit. Meine Arbeit beschränkt sich nicht darauf Filme auszusuchen, die Firma hat ihr Eigenleben, das fängt an beim Personal, bei der Stadtparkasse, bei der Krankenkasse und, und, und.

**ZETT:** Haben sie denn keine Probleme auf qualifiziertes Personal zurückgreifen zu können? Die Kritik der aufsteigenden Unternehmen im Ruhrgebiet lautet, daß die Qualifikation der Menschen hier eher rückständig ist.

**POLITT:** Aber was anderes. Ich bin mit meinen Mitarbeitern zufrieden. Man muß auch sehen, daß ich Arbeitsplätze geschaffen habe, meine ganze Verwaltung ist zum Beispiel hier. Ich habe mal zu einem Kommunalpolitiker gesagt, daß diese es immer abfeiern, wenn in einem Betrieb weniger als vorgesehen Arbeitsstellen abgebaut werden. Während unsereins kleine Einheiten

---

*...das Löhrhofcenter müßte abgerissen und wieder neu bebaut werden...*

---

von zwei, drei, oder mehr neuen Arbeitsplätzen schafft, wird das gar nicht beachtet. Das finde ich schade.

**ZETT:** Konkret spielt bei ihnen eine Wirtschaftsförderung keine Rolle?

**POLITT:** Ich sprach natürlich schon mal mit Leuten im Zusammenhang eines Kinocenters im größeren Maßstab. Ich hab da auch schon einen bestimmten Standort im Auge.

**ZETT:** Löhrhofcenter?

**POLITT:** Nein.

**Zett:** Böte sich ja an!

**POLITT:** Nein, das Löhrhofcenter müßte abgerissen und wieder neu bebaut werden. Bei solchen Dingen müssen für Großkinos gewisse Voraussetzungen stimmen. Aber wenn solche Großkinos zu nahe an Innenstädte sind, dann mache ich diese dadurch kaputt. Denn die

Gefahr besteht immer, daß die anderen Kinos Schaden nehmen.

**ZETT:** Eine Strategie wäre ja dann doch, der erste zu sein, der so ein Großkino betreiben würde.

**POLITT:** Nein so eine Strategie liegt mir nicht. Aber andere Kommunen sind schon bereit, die Wege für solche Projekte zu ebnen. Sie lassen sich da von so einem obskuren amerikanischen Glanz blenden. Dies passiert zur Zeit in Gelsenkirchen, dort steht das Projekt eines Multiplex-Kinos an.

**ZETT:** Sie haben sich auch gegen das Projekt der Triple Five Company in Oberhausen geäußert.

**POLITT:** Ja, aber nicht, weil das gemacht werden soll. Wenn das ein Finanzier machen würde - okay. Wenn das aber nur mit Steuern finanziert werden soll, dann ist das wieder eine andere Ebene. Die wollen das praktisch zum Nulltarif haben: Gewerbesteuerfreiheit, 25 Jahre Zinsvergünstigungen, eine Spielbank ohne Abgaben, unbegrenzte Ladenzeiten und so weiter. Die wollten sogar, daß neue Straßen gebaut und der Rhein-Herne-Kanal ausgebaut wird. Wenn das einer mit seinem eigenem Geld macht, ist das in Ordnung. Aber so wie es geplant war, geht das nicht.

**Zett:** Da spricht der richtige ureigene Kapitalist mit dem eigenen Risiko.

**POLITT:** Ja. Denn nur so kann gearbeitet werden. Die Kanadier wollten nur ihr Knowhow einbringen, sonst nichts. Sehen sie, es besteht doch die immense Gefahr, daß das für die ersten Jahre eine Attraktion wird. Auch sie werden mal hinfahren, ein paar Käufe tätigen, sich alles anschauen, dort ihr Geld loswerden. Dann kann es geschehen, das dieses "Superhausen" sich nicht rentiert. Da hatten die mit ihrem Knowhow doch kein Risiko. Gleichzeitig macht dieses Projekt auf Dauer unsere Städte kaputt. Denn im Gegensatz zu den amerikanischen oder kanadischen Städte haben wir

Städte mit einem gewachsenem Eigenleben. Dies sind dann doch die Vorgaben an die sich eine Wirtschaftspolitik halten muß.

Erstaunlich finde ich, daß Sozialdemokraten so vehement dieses Projekt für förderungswürdig halten. Da habe ich eigentlich Sozialdemokraten immer anders eingeschätzt.

---

### *Den deutschen Filmemachern geht es zu gut.*

---

**Zett:** Wo ist die Grenze bei ihnen, ob sie einen Film zeigen oder nicht? Wo sie sagen würden, damit könnte ich wohl einiges Geld machen, aber den will ich auf keinen Fall zeigen.

**POLITT:** Die kompakte und verstärkte Einführung von Video hat das uns Kinobesitzern einige Erleichterung gebracht. Denn die "Schmutz- und Schundware" verbleibt dort. Brutale Filme und Pornos brauche ich in meinem Kinos aufgrund dieser Situation gar nicht mehr zeigen und komme somit gar nicht in die Gefahr mich für mein Programm zu schämen. Selbst bei Rambo sage ich: Wer da nicht erkennt, daß das ein Märchen ist, wer daraus irgendwelche Rückschlüsse zieht, dem ist nicht mehr zu helfen, der kapiert nichts mehr. Für mich war das ein Spektakel. Immerhin hat der Film das Prädikat "wertvoll" erhalten. In der Bewertungskommission, die ja nicht die Inhalte bewertet, sitzen Menschen aus gesellschaftlich relevanten Schichten, also Gewerkschaften, Politiker, Kirchen und, und, und.

**ZETT:** Aber die Kritik an der Bewertungskommission war ja, daß bezüglich diesen Filmes eine gewisse Blauäugigkeit hervortrat. Wo bleibt die sogenannte künstlerische Bewertung?

**POLITT:** Wer maßt sich die an? Ich könnte mir gut vorstellen, daß ich auch mitreden kann, ob ein Film gut geschnitten ist, oder ob mir die Musik gefällt, oder ob das Bild klar ist, oder ob irgendwelche technischen Ge-

schichten stimmen. Ob das Kunst ist, das vermag ich oder ein anderer nicht zu beurteilen.

**ZETT:** Speziell bei Rambo war der Einwand gewesen, daß der Film gewaltverherrlichend war.

**POLITT:** Nein.

**ZETT:** Und da war ja auch eine Initiative deutscher Filmemacher, die in diesem Sinne gegen die Entscheidung der Bewertungskommission protestierte. Kunst hin, Kunst her - Gewaltverherrlichung ist doch ein anderes Kaliber.

**POLITT:** Aber so einen Rambo-Film haben sich freiwillig vier Millionen Leute im deutschsprachigen Raum angesehen. Und diese Filmemacher, die da protestiert haben, bringen leider in ihrem ganzen Leben nie so viele Menschen in die Kinos!

**ZETT:** Aber sie können doch nicht die Quantität, also den Marktmechanismus Angebot und Nachfrage, als Argument benutzen, um sie gegen gewissen Qualitätsstandards oder filmpädagogische Überlegungen auszuspielen.

**POLITT:** Ja, das ist sicher eine Überlegung wert, aber wer bewertet wie Qualität. Dazu kommt, daß es den deutschen Filmemachern via Förderung einfach zu gut geht.

**ZETT:** Denen geht es zu gut?

**POLITT:** Ja

**ZETT:** Werden die zuviel gefördert?

**POLITT:** Die haben kaum Risiko. Die interessiert es oftmals wenig ob ihr Film ein Publikum hat. Die machen mit öffentlichen Geldern ihren Film. Wird der kein Erfolg machen sie halt den nächsten. Die fahren dann noch nach München, nach Berlin, oder nach Cannes, wenn es bezahlt wird. Schon nach Recklinghausen Leute zu bekommen, ist problematisch.

**ZETT:** Die Schwierigkeit liegt doch eher darin, daß der Filmmarkt mit der amerikanischen

Filmsprache versucht ist. Eine regionale Filmsprache, wie sie deutsche, englische oder französische Filme entwickeln könnten haben doch auf dem existierenden Filmmarkt immer noch erhebliche Probleme. Da gilt es doch über Bildungsarbeit oder zumindest einem bestimmten Filmangebot die Chance aufrecht erhalten, um überhaupt so etwas wie eine spezifische Filmkultur zu präsentieren. Und ich weiß nicht, ob man daher so generell abwerten soll.

**POLITT:** Ich gebe ihnen gerne recht. Aber eigentlich: Wenn man irgend etwas schafft, wenn ein Maler ein Bild malt, dann will auch er damit Leute ansprechen. Aber bei vielen unserer Filmemachern habe ich das Ge-

fühl: das Publikum ist ihnen eigentlich zuwider. Da herrscht das Motto vor: Ihr versteht mich ja sowieso nicht, ich mache aber trotzdem Filme, um mich zu verwirklichen!

**ZETT:** Wie wird die Kinolandschaft in fünf Jahren hier aussehen? Wieviele Kinobetriebe haben sie dann. Und wo liegen die Grenzen?

**POLITT:** Ich würde meinen, daß in fünf Jahren, wenn die Entwicklung so weiter läuft, in Recklinghausen es so viele Kinos gibt wie heute. Daß da mal ein Objekt weniger existiert, will ich nicht ausschließen.

**ZETT:** Haben sie eigentlich auch räumliche Begrenzungen?

**POLITT:** Ja, ich würde nicht nach Hamburg gehen. Das Ruhrgebiet liegt mir schon.

**ZETT:** Hier gibt es wohl noch einige Kinos zu kaufen?

**POLITT:** Das weiß ich nicht.

**Zett:** Aber ihr Aufstieg ist doch einzigartig. 1983 übernahmen sie das Studio und 1989 besitzen sie 27 Kinos. Gibt es da einen dunklen Financier im Hintergrund?

**POLITT:** Leider - nein. (lacht) Wissen sie, ich zahle eine anständige Miete, ich habe die Kinos nach und nach in Ordnung gebracht, und ich hatte das Glück, meine Verpächter überzeugen zu können, daß ich der Beste dafür bin. Das muß dann wohl reichen. «««



## Kommentar

*Gerd Politt liebt das Kino. Und das Geschäft! 1983 kaufte er das Kino auf der Breiten Straße. 1989 besitzt er im Ruhrgebiet 27 Kinos. Das Konzept - Gastronomie und gute Kinoausstattung - ging auf. Dadurch hat er, orientiert an bundesweitem Standard, einen überdurchschnittlichen Kinobesuch. Die Ware "Film" hat er in Recklinghausen bisher gut verkauft.*

*Wie steht es aber mit der Filmkunst? Also den Filmen, die sich den Marktgesetzen nur bedingt beugen und zum Nachdenken anregen? Gerd Politt glaubt fest daran, in manchen seiner Kinos auch Filmkunst anzubieten. Dies stimmt nur bedingt. Die Grenze von Markt und Kunst ist im Bereich Film äußerst fließend, daher zeigt Gerd Politt manchmal Filmkunst, aber das meiste fällt unter den Tisch: Manche Filme wollen den Marktgesetzen partout nicht gehorchen.*

*Doch Politt besitzt eine Leidenschaft, die gilt dem deutschen Film. Als kapitalorientierter Kinounternehmer bedauert er eine gewisse Verstiegtheit deutscher Filmemacher, doch die hindert seine Leidenschaft nicht: Zum sechsten Mal führte er das "Leinwandfrei-Festival" durch, das sich zur Aufgabe stellt, deutsche Spielfilmproduktionen zu zeigen. In dieser bewußten Regionalisierung ist das Festival tatsächlich ein Novum in der deutschen Festivalszene.*

*Doch alle Leidenschaft kann ihr Ende finden. Da macht einer seit sechs Jahren mit nicht geringem Engagement und einigem Geld ein Festival. Damit trägt er erheblich zur Imagepflege der Stadt bei. Der Lohn: Eher Undank als Unterstützung von Recklinghäuser Kulturpolitikern. Was ist es, das Kulturdezernent Peter Wolfshöfer vom Festival als Randereignis der Ruhrfestspiele sprechen läßt und nur pflichtgemäß den Kinounternehmer lobt?*

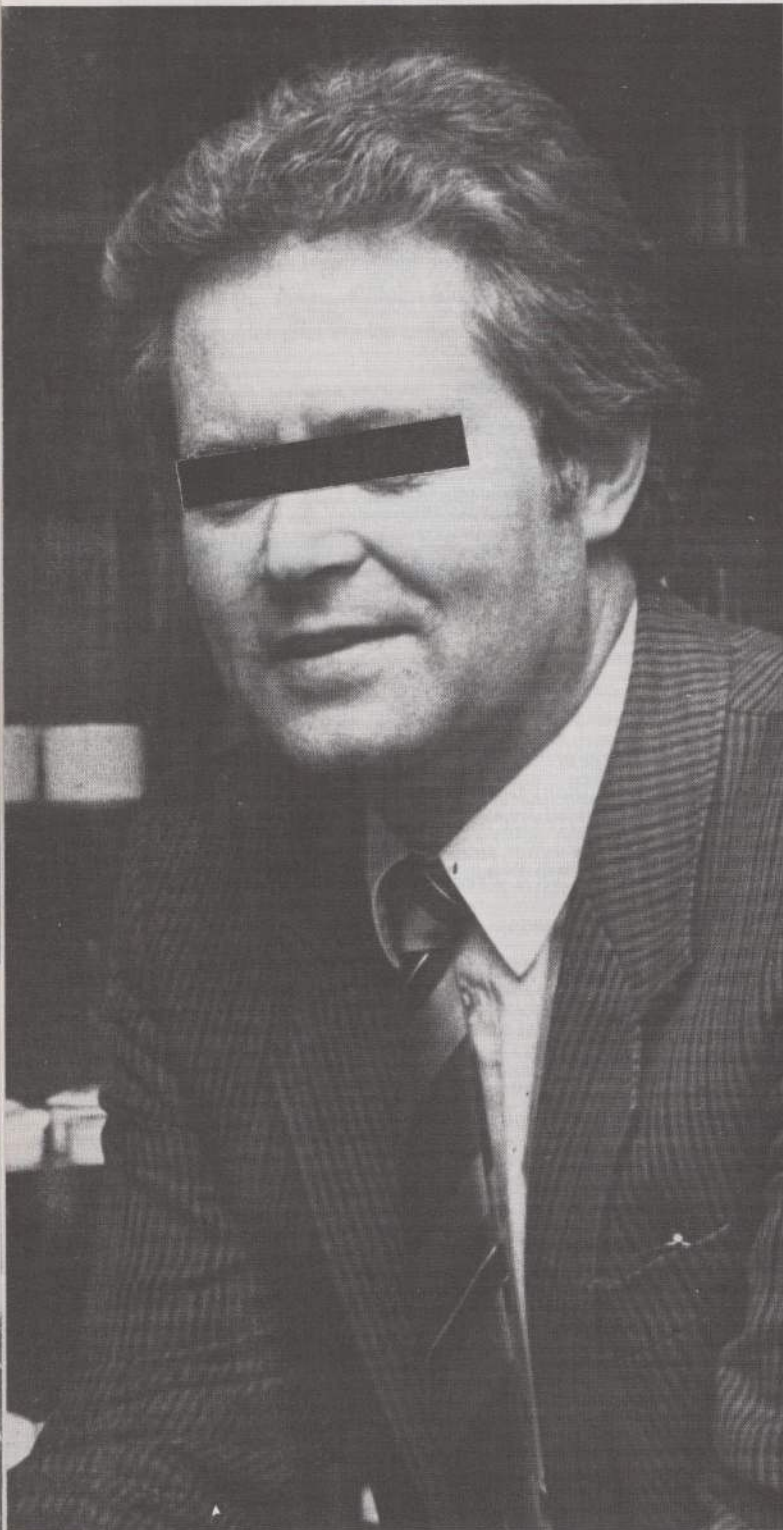
*Es wird wieder nicht zugegriffen! Das Festival "Leinwandfrei" leidet an Zuschauermangel. Dies liegt aber nicht an den Filmen! Wenn beispielsweise in den Film "Waller's letzter Gang" von Christian Wagner sich nur ca. 30 Personen verlieren - und das in eine NRW-Premiere -, muß man sich überlegen, woran das liegt.*

*Natürlich könnte man werbetechnisch an die Sachlage herangehen und verstärkt über die Stadtgrenze hinaus das Festival bewerben. Aber das ist nicht das Problem. In Recklinghausen muß erst ein bestimmtes Filmbewußtsein entwickelt werden. Und das kann nicht Gerd Politts Aufgabe sein. Eher sollte sein Engagement Anlaß sein, zuzugreifen.*

*Ein Kommunales Kino hätte die Aufgabe, ein kritisches Filmbewußtsein in Recklinghausen zu schaffen. Sowohl durch Bildungsarbeit als auch durch das Zeigen filmhistorisch relevanter Filme und aktuellen Produktionen, die sich nicht den Marktgesetzen unterwerfen. Mit einer solchen ganzjährig betriebenen Arbeit wäre der Grundstein gelegt für den tatsächlichen Erfolg eines Festivals, und Recklinghausen würde an Reiz gewinnen. Zudem: Mit erheblicher Unterstützung des Kommunalen Kino durch Gerd Politt wäre nach seinen Aussagen zu rechnen.*

*In gewisser Weise befindet sich die Stadt Recklinghausen im Zugzwang, auch wenn sie ihn nicht verspürt. Den Idealismus des "Kapitalisten mit Herz", Gerd Politt, gilt es zu honorieren, indem dem Festival eine Zukunft gegeben wird durch finanzielle Unterstützung und die begleitende Einrichtung eines Kommunalen Kinos. Sonst kann es sein, daß das Festival bald in Marl oder Krefeld stattfindet.*

# Manipulierte Berichterstattung



Hatte bei der Berichterstattung über seinen Prozeß in der Recklinghäuser Zeitung einen "guten Partner": Buchhändler W.

*Es fällt schon aus den Rahmen, wenn der Staatsanwalt in seinem Plädoyer ausführt, daß der Angeklagte "offensichtlich versucht habe, auf die Presse Einfluß zu nehmen". Gemeint war die Berichterstattung der Recklinghäuser Zeitung über den Prozeß gegen den Buchhändler W. aus Recklinghausen, der am 14. Juni wegen Beihilfe zum Betrug und zur Untreue zu einer Haftstrafe von 10 Monaten (3 Jahre auf Bewährung) und einer Geldbuße von 40.000 DM verurteilt worden ist. Ein Revisionsverfahren ist anhängig.*

## Die Recklinghäuser Zeitung über den Prozeß gegen den Buchhändler W.

VON ERICH BEHRENDT

Verglich man die Berichterstattung über den Prozeß in der Recklinghäuser Zeitung mit der in der WAZ, konnte man zur Annahme gelangen, zwei verschiedene Angeklagte vor Augen zu haben. Nun mag dies für den aufmerksamen Leser der Tagespresse nichts neues sein und auch die Gedanken, die einem dabei befallen, nicht gerade umwerfend erscheinen, aber was dann am 30. Mai veröffentlicht wurde, schlug dem Faß den Boden aus. Sowohl in der Recklinghäuser Zeitung (RZ) als auch in der Stimberg Zeitung (SZ) - beide erscheinen sie im Bauer Verlag - erschien ein Bericht mit dem Kürzel "amu". Nur an entscheidenden Stellen war der Beitrag in der Recklinghäuser Zeitung geändert worden, ohne daß der Redakteur davon

in Kenntnis gesetzt worden war. So wurden dann munter folgende "Korrekturen" des Artikels, der im Original in der SZ erschien, in den Beitrag der RZ aufgenommen:

Aus der Formulierung "...mit dem wegen fortgesetzter Untreue angeklagten Buchhändler Rudolf W." wird "...mit dem angeklagten Buchhändler Rudolf W."

Aus "...den W. der Stadt durch gemeinsam mit dem inzwischen verurteilten Ex-Rekt Raymund F. begangene Falschabrechnungen..." wird "...der verursachte Schaden..."

In der Formulierung der RZ wird aus dem Text "Das Rechnungsprüfungsamt sei...au Anordnung des Stadtdirektors und nach einem belastenden Brief des jetzigen, neuen

## Richter: „Vergabep Praxis der Stadt bedenklich“

Moratorium geschlossen / Inventar der Realschule nach Information des „Neu-Schulleiters“ genau überprüft

RECKLINGHAUSEN. Rechnungsprüfer im Zeugenstand. Gestern sagte Harald S. (33) über die Untersuchungen nach Bekanntwerden der Schulbuch-Affäre aus. Er berichtete auch, wie jetzt die Abrechnungspraxis mit dem angeklagten Buchhändler Rudolf W. (55) aussieht. Die Stadt habe mit W. ein Moratorium (Duden: „befristete Stundung [von Schulden]“) geschlossen.

W. liefert weiter Schulbücher. Die Stadt hat jedoch Mittel einbehalten, die normalerweise dem Händler zustünden. Auf Nachfragen von W.s Verteidiger bestätigte der Rechnungsprüfer: „Die Stadt hat 90000 DM einbehalten“. Das ist weit mehr, als der von W. laut Anklageschrift verursachte Schaden. Erst nach Ab-

schluß des jetzt laufenden Gerichtsverfahrens soll die Schuldenbegleichung zwischen Stadt und W. geklärt werden. Geht es nach einer Anregung der Richter, dann könnte sich die Wirtschaftsstaatsanwaltschaft künftig auch mit Beschlüssen der Stadt Recklinghausen befassen. Derzeit werden bei Schulbuchbestellungen nur die örtlichen Händler nach einem Verteilerschlüssel mit Aufträgen bedacht. Die Richter halten dies für „kartellrechtlich äußerst bedenklich“. Es müsse gefragt werden, ob die Aufträge nicht ausgeschrieben werden müßten, und ob die Stadt nicht generell viel zuviel für ihre Schulbücher bezahlt.

Das Rechnungsprüfungsamt sei nach einem belastenden Brief des jetzigen, neuen Schulleiters Ende '86

im Schulbuch-Fall tätig geworden, erklärte S. Daß schon zuvor gegen den Ex-Rektor wegen Unregelmäßigkeiten ermittelt wurde, habe er nicht gewußt. Nach den beim Schulverwaltungsamt abgerechneten Buchbestellungen wurde ein Sollzustand ermittelt. Diesen verglichen die Prüfer mit den wirklich vorhandenen Beständen der Realschule und ermittelten so den Fehlbedarf für das Jahr 1985. Sie stellten diesen Fehlbedarf auch mit den Zahlungen, die W. an den Schulleiter leistete, in Relation. Gut 69 Prozent des Fehlbestandes ging danach in Form von Schecks an den Ex-Rektor.

Der inzwischen pensionierte F. hatte auch Buchbestellungen für bestimmte Fächer fingiert, die an der

Realschule gar nicht unterrichtet wurden. Im Schulverwaltungsamt war dies nicht aufgefallen. Dort hatte man nur geklärt, ob die bestellten Bücher generell vom Kultusminister genehmigt sind. Auch fiel erst später auf, daß Raymund F. in mindestens einem Fall Bücher an Schüler verkauft hatte, die ihnen kostenlos hätten gestellt werden müssen. Von W.s Verteidiger auf die Inventarisierungspraxis der Schule bis zum Jahr '86 angesprochen, erklärte der Prüfer: „Alle vorgefundenen Bücher tragen einen Inventar-Stempel. Ob damit allein der Pflicht der Schule genüge getan ist, bezweifle ich.“ Zur Frage der stets vollständigen Etatausschöpfung der Schule erklärte der Zeuge: „Die Etatausnutzung ist nicht ungewöhnlich.“ amu

Schulleiters N. Ende 1986 im Schulbuch-Fall tätig geworden“ die Anordnung des Stadtdirektors einfach weggestrichen.

Und last not least bleiben die 30%, die nach Meinung der Staatsanwaltschaft W. selber eingesteckt haben soll, den Lesern der Recklinghäuser Zeitung vorenthalten.

Weder der kommissarische Chefredakteur des Bauer Verlages Hartmut Ruge noch die beiden Lokalchefs der Recklinghäuser Zeitung, Barschdorf und Overwien können oder wollen erklären, wie der Artikel manipuliert worden ist. Bekannt ist bis jetzt nur, daß am Tag vor dem Erscheinen des Artikels, am 29. Mai, kurz vor 19.00 Uhr eine unbekannt Person den fertigen Artikel aus dem Computer abrief und für die Recklinghäuser Zeitung veränderte, während die Originalversion in Erkerschwick bereits abgerufen worden war. Gleichzeitig ist bekannt, daß sowohl der Geschäftsführer eines großen Einzelhandelsunternehmens, H., als auch der Buchhändler W. selber der Redaktion der Recklinghäuser Zeitung an diesem Montag einen Besuch abgestattet haben. Das Unternehmen von H. gilt als der größte Anzeigenkunde des Bauer Verlages, und er selber bekleidet mit W. ein Ehrenamt bei der Recklinghäuser Werbegemeinschaft.

Dazu ein Insider: „Die Kontakte einiger Redakteure zur heimischen Wirtschaft sind sehr eng. So sieht dann auch die Berichterstattung aus.“ Die Stadt will keine weiteren Buchgeschäfte mehr mit W. machen. Ob der Buchhändler auch seine Ehrenämter als Vorsitzender des Einzelhandelsverbandes und der Werbegemeinschaft niederlegen wird, ist unklar. Anhand der Satzung soll geprüft werden, welche Konsequenzen die Verurteilung habe, sagte der Buchhändler. «««

## Prüfer sagt aus - Richter kritisieren Vergabep Praxis bei Buchbestellung

Moratorium geschlossen / Inventar geprüft / Neuer Schulleiter meldete Betrug

ERKERSCHWICK/RECKLINGHAUSEN. (amu) Jetzt mußten die Rechnungsprüfer in den Zeugenstand. Gestern sagte der Stadtangestellte Harald S. (33) aus, was die Untersuchungen der Stadt Recklinghausen nach Bekanntwerden der Schulbuch-Affäre ergeben haben. Er berichtete auf Nachfragen der Richter auch, wie die derzeitige Abrechnungspraxis mit dem wegen fortgesetzter vorsätzlicher Untreue angeklagten Buchhändler Rudolf W. aus Oer-Erkerschwick aussieht. Die Stadt habe mit W. ein Moratorium (Duden: „Befristete Stundung [von Schulden]“) geschlossen.

W. liefert weiter Schulbücher. Die Stadt habe jedoch Mittel einbehalten, die normalerweise dem Händler zustünden. Auf Nachfragen von W.s Verteidiger bestätigte der Rechnungsprüfer: „Die Stadt hat 90000 DM festgehalten“. Das ist weit mehr, als der in der Anklageschrift vorgeworfene Schaden, den W. der Stadt durch gemeinsam mit dem inzwischen verurteilten Ex-Rektor Raymund F. begangene Falschabrechnungen verursacht haben soll. Erst nach Abschluß des jetzt laufenden Gerichtsverfahrens soll die Schuldenbegleichung zwischen Stadt und W. geklärt werden. Geht es nach einer Anregung der Richter, dann könnte sich die Wirtschaftsstaatsanwaltschaft künftig auch mit Beschlüssen der Stadt Recklinghausen befassen.

Derzeit werden nach einer Entscheidung aus dem Jahr 1972 bei Schulbuchbestellungen die örtlichen Händler nach einem einmal

festgelegten Verteilerschlüssel mit den Aufträgen versehen. Die Richter halten dies für „kartellrechtlich äußerst bedenklich“. Es müsse gefragt werden, ob die Aufträge nicht ausgeschrieben werden müßten, und ob die Stadt nicht generell viel zu viel für ihre Schulbücher bezahlt.

Das Rechnungsprüfungsamt, erklärte dessen Mitarbeiter S., sei auf Anordnung des Stadtdirektors und nach einem belastenden Brief des jetzigen, neuen Schulleiters N. Ende 1986 im Schulbuch-Fall tätig geworden. Daß schon zuvor gegen den Ex-Rektor F. wegen Unregelmäßigkeiten ermittelt wurde, habe er, S., damals nicht gewußt. Nach den beim Schulverwaltungsamt abgerechneten Buchbestellungen wurde ein Sollzustand ermittelt. Diesen verglichen die Rechnungsprüfer mit den wirklich vorhandenen Beständen in der Realschule I und ermittelten so den Fehlbedarf für das Jahr 1985. Sie verglichen diesen Fehlbedarf auch

mit den Zahlungen, die W. an den Schulleiter weitergab und stellten fest, daß diese knapp 70 Prozent ausmachen würden. Unklar blieben somit weitere 30 Prozent.

Die Rechnungsprüfer hatten festgestellt, daß der inzwischen pensionierte Rektor fingiert Bücher für bestimmte Fächer bestellt hatte, die die Realschule gar nicht unterrichtete. Im Schulverwaltungsamt war dies nicht aufgefallen. Dort hatte man nur geklärt, ob die bestellten Bücher generell vom Kultusminister genehmigt sind. Auch fiel später auf, daß Raymund F. in mindestens einem Fall Bücher an Schüler verkauft hatte, die den Jungen und Mädchen kostenlos hätten gestellt werden müssen. Von W.s Verteidiger auf die Inventarisierungspraxis der Realschule bis zum Jahr 1986 angesprochen, erklärte der Prüfer: „Alle vorgefundenen Bücher tragen einen Inventar-Stempel. Ob damit allein der Inventarisierungspflicht der Schule genüge getan ist, bezweifle ich persönlich.“ Zur Frage der stets vollständigen Etatausschöpfung der Realschule erklärte der Zeuge gestern vor der 2. Strafkammer des Landgerichts: „Wir haben nach diesem Fall drei verschiedene Schultypen genau untersucht. Die Etatausnutzung ist nicht ungewöhnlich.“



# Volkszählung: "Furchtbar!"

Nachdem im STERN am 22. Juni erste Hinweise auf die statistische Pleite der Volkszählung erschienen, veröffentlicht ZETT als erste Zeitschrift Auszüge aus einem bisher nicht veröffentlichten wissenschaftlichen Bericht. Der Autor des Beitrages, Peter Lautsch, arbeitet für das WDR-Fernsehen und hat am 10. Juni in einem Beitrag für die Aktuelle Stunde das "Verschwinden" von fast 7.000 Bergarbeiter in Recklinghausen aufgezeigt.

"Da hat der Zählstellenleiter das Telefon zum Fenster rausgeschmissen", erinnert sich der Volkszählungsveteran Bernhard Pohl an das Jahr 1961. Damals schulte Pohl, heute Ministerialdirigent im Bonner Innenministerium, saarländische Zählstellenleiter für die zweite Volkszählung der Republik. Der Telefonwurf war die Antwort eines verzweifelten Beamten: Er war durch den Streß des Datensam-

melns und durch die Tücken der Statistik überfordert.

---

*"Oft ein organisatorisches und methodisches Chaos"*

---

Vor zwei Jahren, bei der vorerst letzten Volkszählung, müssen die Telefone massenhaft durch die Rathaus-Fenster ge-

flogen sein. Diesen Eindruck vermittelt jedenfalls das Volkszählungsgutachten<sup>1</sup> des Bochumer Professors Heiner Treinen. Treinen befragte im Auftrag des Statistischen Bundesamtes Zähler und Zählstellenleiter von 19 Kommunen<sup>2</sup>. Vor Ort stellten Treinen und sein Co-Autor Helmut Kromrey allzu oft ein organisatorisches und methodisches Chaos fest.

Die Gutachter verweisen auf das ABC der empirischen Sozialforschung, daß die "Konstanz der Erhebungsbedingungen zentrale Voraussetzung für die Zuverlässigkeit und Gültigkeit" der erhobenen Daten ist, und bezweifeln an einer Reihe von Punkten, "ob es gelungen ist, eine bundeseinheitliche Statistik zu realisieren".

Als die größte Schwachstelle hat nach den Ergebnissen aus den Gesprächen mit den Leitern

der Erhebungsstellen die Zählung der Arbeitsstätten zu gelten, so Kromrey und Treinen. Jetzt warten sie auf die Abnahme ihres Gutachtens durch den Wissenschaftlichen Beirat. Von dort war zu hören, daß es so nicht zu akzeptieren sei.

Natürlich wünschen sich die Datensammler und ihr Beirat die Bestätigung durch die Wissenschaft. Seriös ist die aber nicht mehr zu haben: Zuviel Datenschrott kann nicht mehr recycelt werden.

---

*"Null Arbeitsstätten und null Bergleute für Recklinghausen"*

---

Beispiel Recklinghausen: Die Bergbaustadt ist als solche beim nordrhein-westfälischen Landesamt für Datenverarbeitung



und Statistik nicht registriert. Die ersten Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung '87 in der Rubrik Bergbau: null Arbeitsstätten und null Bergleute für Recklinghausen.

Das Bergwerk General Blumenthal (4.300 Bergleute am VZ-Stichtag) wurde der Nachbarstadt Herne zugeschlagen, weil dort, mehr als zehn Kilometer entfernt von den Personen-Schächten und noch weiter weg von den Abbaugebieten, die Kohle ans Tageslicht gehoben wird. Der letzte Herner Pütt hatte bereits vor elf Jahren dichtgemacht.

Während ein solches Ergebnis noch korrigierbar ist, ist der zweitgrößte Arbeitgeber Recklinghausens im Nirwana der Arbeitsstättenzählung verschwunden. Die Bergbauspezialfirma Gebhardt und Koenig beschäftigte nach eigenen Angaben am Volkszählungstichtag auf diversen Schachtanlagen des Ruhrgebiets 2.570 Bergleute. Als solche tauchen sie aber weder am Firmensitz noch an ihren Einsatzorten auf. Recklinghausens Bürgermeister Jochen Welt, SPD, frotzelt: "Als hätten wir die Umstrukturierung längst hinter uns!"

Die Sozialdemokraten hatten seinerzeit der Volkszählung unter der Bedingung zugestimmt, daß sie verwertbare Daten

bringt. Als es aber ernst wurde, war offensichtlich auch sozialdemokratisch regierten Ländern und Kommunen die Datenqualität ziemlich egal. Die Bochumer Gutachter Kromrey und Treinen kommen zu dem Schluß, daß bei besserer Vorbereitung und Durchführung viele Pannen vermeidbar gewesen wären. Dazu hätten aber vor al-

*"Nur ein geringer Teil der beantworteten Bögen war formal korrekt ausgefüllt"*

lem die Erfahrungen aus der Testerhebung 1986 berücksich-

belauf blieb jedoch "erstaunlich folgenlos". So hätten vor allem die als Schwachstelle erkannten, weil schwer verständlichen Erhebungsbögen verbessert werden müssen. Das geschah allerdings nicht. Die Folge: "Nur ein geringer Teil der beantworteten Bögen war formal korrekt ausgefüllt."

Methodischer Schwachsinn, obwohl als solcher durch die Testerhebung erkannt, wurde trotzdem übernommen. So mußten die Fragen 9 bis 11 (Schulabschluß und Berufsausbildung) nur von Personen von 15 bis 65 Jahren beantwortet



*Verweist: Das Recklinghäuser Bergwerk General Blumenthal steht nach der Volkszählung ohne Kumpel dar.*

werden. Was sollte also der 15-Jährige antworten, der noch keinen Schulabschluß hatte? Warum sollte der 66-jährige Arzt nicht seinen höchsten Hochschulabschluß preisgeben, sondern nur seine jüngeren Kollegen?

Aber auch zur Organisation der Zählung selbst lieferte die Testerhebung wichtige Hinweise, "die mit wenigen Ausnahmen unbeachtet blieben". So wurden von den an der Testzählung beteiligten Kommunen für den bevorstehenden bundesweiten Ernstfall bessere Zählerleitpapiere gefordert (Namens- und Adressenliste, Straßenplan u.ä.).

Aber nur die am Probelauf beteiligten Kommunen waren nach ihren leidvollen Erfahrungen auf die eigentliche Volkszählung einigermaßen vorbereitet. Der große Rest versuchte



*Auch in dem Recklinghäuser Unternehmen Gebhardt & Koenig wird über den Verbleib von 2500 Bergleuten gerätselt.*

irgendwie sein Soll zu erfüllen, jeder mit eigenen, selbstgebastelten Methoden. So kam es zu höchst unterschiedlichen Datenqualitäten, die ganz besonders bei der Arbeitsstättenzählung "vermutlich auch durch Nachbearbeitung in den Statistischen Landesämtern nicht bereinigt werden können".

---

*"Die Arbeitsstättenzählung war uns relativ egal"*

---

Die Adressensammlungen der Arbeitsstätten, wichtigstes

Handwerk der Zähler, waren oft miserabel. Bis zu 50 Prozent war veraltet oder bezog sich auf nicht mehr existierende Betriebe. Eine Erhebungsstelle: "Eine Reihe von Arbeitsstätten dürfte uns durch die Lappen gegangen sein." Eine andere: "Die Arbeitsstättenzählung war uns relativ egal."

Alle 19 der im offiziellen Volkszählungsgutachten befragten Zählstellenleiter beklagten sich nach näherem Hinterfragen teilweise sehr verbittert über die mangelhafte Unterstützung durch die Statistischen Landesämter. "Völliges Unver-

ständnis" hatte man dort erfahren, "ausweichende Antworten" kamen aus den Landeszentralen, deren Terminsetzungen wurden als "völlig weltfremd" bezeichnet. Ein Zählleiter meinte sogar, man sei bei der Durchführung der Zählung "ganz allein" gewesen.

Die Folge des Chaos: Jeder versuchte, irgendwie hindurchzukommen. Die einen versuchten zu retten, was zu retten war, die anderen ergaben sich gezwungenermaßen in Toleranz und Resignation: "Auch wenn die Bürger offensichtlichen Unsinn angekreuzt haben, ist es nicht unsere Aufgabe, das zu überprüfen. Da gibt es dann Plausibilitätsprüfungsprogramme in den Landesämtern."

Doch was nützen die, wenn die Mehrheit der befragten Zählstellenleiter ohnehin eine "Überschätzung der Haushaltszahl" vermutet?

---

*"Bürgerpflichten wurden nicht ernst genommen"*

---

Das Treinen-Gutachten bringt vor allem zwei Ergebnisse, von vielen ohnehin vermutet, jetzt aber sozusagen wissenschaftlich abgesichert: Die Bürgerpflichten wurden bei weitem nicht so ernst genommen, wie jubelnde Volkszählungspolitiker bei der Quote offener Boykotteure von "unter 1 Prozent" noch glauben wollten.

Aber auch die Beamtenpflichten wurden bei weitem nicht so erfüllt, wie es sich nun mal gehört. Eine ganze Reihe der 19 anonym befragten Zählstellenleiter haben - milde ausgedrückt - diverse Pflichtverletzungen im Amt des Erhebungsstellenleiters gestanden. Interessant auch die Meinungen über Beamten-Kollegen, die zur Beihilfe bei der Volkszählung gebeten wurden: "Ich hätte nie gedacht, daß es in der Stadtverwaltung so viele Schwangere, so viele Schwerbehinderte, so viele Pflegefälle in den Familien gibt." Ein anderer Zählstellenleiter: "Furchtbar! Das darf man eigentlich nach außen gar nicht sagen!"

Der "Problemgruppe Lehrer"

widmet das Treinen-Gutachten gar ein eigenes Kapitel. Über "es war unheimlich, wie beschäftigt die Lehrer so sind" bis zu "ganz besonders schlimm" gehen die Kommentare der Zählstellenleiter.

Volkszählungs-Veteranen warnten vor zwei Jahren: "Laßt die Finger von den Lehrern!"

Gutachter Treinen steht zu seinem Volkszählungsgutachten. Irgendwann im Sommer, so der Zeitplan, soll es irgendwie durch den Wissenschaftlichen Beirat veröffentlicht werden.

Bereits jetzt wird es von den Volkszählungs-Befürwortern niedergemacht. Der 54jährige altgediente Volkszähler Bernhard Pohl, mittlerweile Referatsleiter für Statistik beim Bundesinnenministerium, meint, das Gutachten sei "keine Wissenschaftlichkeit" und die befragten 19 Kommunen "eine sehr merkwürdige Auslese".

Dabei hätte das Urteil noch viel schlimmer ausfallen können: Zum einen sind überproportional viele Kommunen befragt worden, die dank der vorangegangenen Testerhebung nicht ganz so unvorbereitet in die eigentliche Volkszählung gingen, zum anderen blieben die kritischsten Kommunen außen vor. Treinen: In Absprache mit dem Statistischen Bundesamt sind "Hochburgen der Boykottszene" angesichts der nur begrenzt zur Verfügung gestellten Mittel nicht gesondert berücksichtigt worden.

Übrigens ist Treinen kein Volkszählungsgegner. Ebenso wie Ministerialrat Bernhard Pohl in seiner saarländischen Telefonwurf-Anekdote anno '61 zeigt Treinen Verständnis für die gestreßten Daten-Sammler: Damit die Zählstellenleiter die erforderliche Routine bekommen, schlägt Treinen die "permanente Volkszählung" vor. <<<<

1 Helmut Kromrey, Heiner Treinen: Begleitforschung zur Volkszählung 1987 - Zusatzuntersuchung: Erhebungsstellen- und Zählerbefragung. Berichtsband 1: Erfahrungen der Erhebungsstellen. Bochum 1988

2 Beckum, Bergisch-Gladbach, Bochum, Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Eltville, Essen, Hamburg, Heidelberg, Herne, Lübeck, Mainz, Nürnberg, Recklinghausen, Stuttgart, Voerde, Weinheim, Witten

### Solidaritätsaktion

## Babykorb

für Mütter und Kinder in Huaraz-Peru

Über St. Mechthild erreichte uns aus Huaraz-Peru die Anfrage nach guterhaltener Säuglingsbekleidung. Immer wieder erlebt sie die große Not peruanischer Mütter bei der Versorgung ihrer Kinder.

Säuglingsbekleidung ist extrem teuer und in der Regel von geringer Qualität.

Guterhaltene Säuglingsbekleidung kann zumindest einigen peruanischen Müttern ihren Lebensalltag etwas erleichtern.

Benötigt werden Hemdchen, Jäckchen, Strampler, kleine Woldecken, vor allem aber Stoffwindeln und warme Hosen für Kleinkinder.

Sammelstelle: Gasthaus  
Heilige-Geist-Str. 7

Aktion Eine Welt des Gasthauses  
Heilige-Geist-Str. 7  
4350 Recklinghausen

Neben den Naturalien können auch Geldspenden zur Anschaffung der oben genannten Dinge auf das Konto eingezahlt werden:

Konto 1000 70 416 Stadtparkasse  
Recklinghausen, Stichwort "Babykorb".

# Verfahren eingestellt - Job weg

Die Einstellung eines Strafprozesses schützt noch lange nicht vor negativen Verfahrensfolgen. Diese Erfahrung mußte eine Volkszählungsgegnerin machen, deren Prozeß wegen angeblicher Beleidigung, Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt im Zusammenhang mit der Durchsuchung des Autonomen Zentrums im Mai 1987 am 24. April im Recklinghäuser Amtsgericht stattfand.

Nur eine Handvoll Interessierter hatte sich eingefunden, um den voraussichtlich letzten Prozeß in Sachen Volkszählung in Recklinghausen zu beobachten. Ähnlich wie in den vorangegangenen Verfahren regte der Anwalt der Beklagten an, erst gar nicht in die Beweisaufnahme einzusteigen. Der Vorfall liege schließlich schon zwei Jahre zurück und hätte nach seinem Dafürhalten überhaupt nicht zur Anklage kommen dürfen. Der Staatsanwalt wies zwar die Auffassung der Verteidigung bezüglich der Anklageerhebung zurück, erklärte sich aber mit der Verfahrenseinstellung einverstanden.

Daraufhin zog sich das Gericht zur "intensiven" Beratung des Antrags zurück. Zwei Minuten später stand die Entscheidung fest. Das Verfahren wurde gemäß § 153 Absatz II der Strafprozeßordnung eingestellt. Die Prozeßkosten gehen zu Lasten der Staatskasse, die Anwaltskosten muß die Beklagte tragen.

Die Freude der Volkszählungsgegnerin über den glimpflichen Ausgang des Verfahrens währte nur kurz. Einen Tag später erschien auf der Kreisseite der Recklinghäuser Zeitung ein Bericht, der einige Behauptungen enthielt, die nicht den Tatsachen entsprechen. So wird über die Ereignisse, die den Hintergrund des Prozesses bilden, berichtet: "Am Tag der Hausdurchsuchung war es zu einer Rangelei gekommen. Die aufgebrachten Mieter des Zentrums hatten sich gegen die Polizeiaktion zur Wehr setzen wollen. Infolge dieser Auseinandersetzung schlug sowohl der

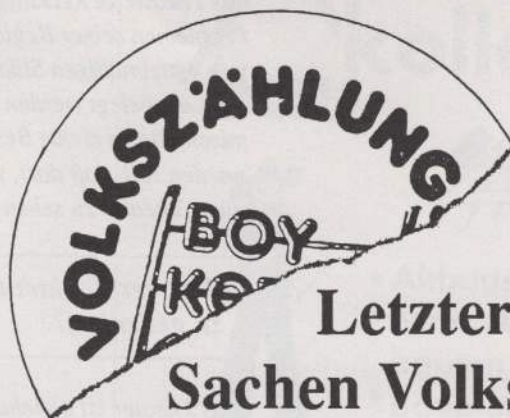
Polizist als auch die 'Hausherrin' zu. Die Frau erstattete später Anzeige, der Beamte konterte, um seine Berufsehre zu retten. Es kam zum ersten Verfahren, und die Richter entschieden: Freispruch für den Polizisten." (RZ, 25.4.89)

Die Behauptung, daß beide Beteiligten zuschlugen, ist eine bloße Vermutung des Reporters, der im übrigen nicht am Ort des Geschehens anwesend war. Die Anwendung körperlicher Gewalt hat jedenfalls nur der Polizist zugegeben, der sein Tun mit einem angeblichen Angriff der Volkszählungsgegnerin zu rechtfertigen suchte.

Des weiteren ist festzustellen, daß die angeklagte Frau zu keinem Zeitpunkt als "Hausherrin" aufgetreten ist. Wie sollte sie auch? Sie war weder Mieterin noch Untermieterin des Autonomen Zentrums.

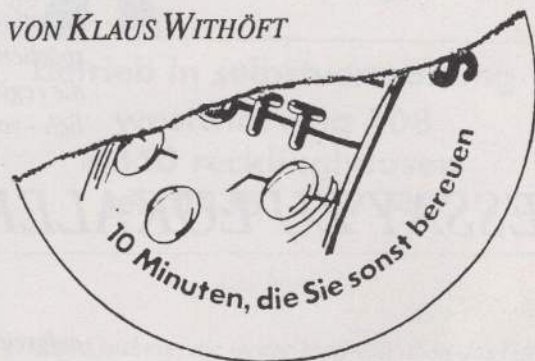
Auch ein Verfahren gegen den Polizeibeamten hat nie stattgefunden. Folglich konnte ihn auch kein Richter freisprechen. Vielmehr ist das Verfahren von der Staatsanwaltschaft Bochum eingestellt worden. Eine Beschwerde gegen den Einstellungsbeschluß beim Generalstaatsanwalt in Hamm blieb erfolglos.

In einem persönlichen Gespräch mit dem stellvertretenden Chefredakteur der Recklinghäuser Zeitung, Hartmut Ruge, verlangte die Volkszählungsgegnerin eine Richtigstellung der Falschmeldungen, die ihr nach eigenen Angaben auch zugesichert wurde. Als nach einigen Tagen das Versprechen nicht eingelöst worden war, wandte sich die Frau noch einmal telefonisch an die Redak-



## Letzter Prozeß in Sachen Volkszählung

VON KLAUS WITHÖFT



tion und verlangte eine Richtigstellung. Damit hatte sich die Volkszählungsgegnerin, die nebenberuflich eine Aushilfstätigkeit in der Anzeigenabteilung der Recklinghäuser Zeitung ausübt, offenbar den Zorn ihrer Arbeitgeber zugezogen. Zwei Stunden nach ihrem Anruf ließ der Anzeigenleiter der RZ, Engelbert Schilling, ihr mitteilen, daß zur Zeit keine Aushilfskräfte mehr gebraucht würden und sie daher zu dem schon vereinbarten Arbeitstermin nicht zu erscheinen brauche. Ein Zufall? Jedenfalls ein Vorgang, der nach

Aussage der Mitarbeiterin völlig unüblich ist. Seither heißt es auf entsprechende Anfragen aus der Anzeigenabteilung der RZ: Es tut uns leid, aber es gibt nicht genug zu tun. Im Widerspruch dazu steht jedoch, daß eine andere Aushilfskraft, mit der sich die Volkszählungsgegnerin vorher die Stelle teilte, nun die volle Zeit arbeitet. Es drängt sich der Verdacht auf, daß hier einer Frau, die der RZ wegen ihres politischen Engagements ein Dorn im Auge ist, ein Denkkittel verpaßt werden soll.

«««

### Anzeige

**AKZENTA**  
FUTON - GALERIE

Nicht nur Futons

Turmstr. 2 / Munsterstr. 8 4350 Recklinghausen ☎ 02361 18 30 87

*Eine Kritik an den vermeintlich großen Inszenierungen der Ruhrfestspiele auf dem grünen Hügel reicht allein nicht aus, um das Theater in Recklinghausen wieder in eine Beziehung zu den Problemen seiner Region zu bringen. Schlechte Interpretationen von mittelmäßigen Stücken können einem Ensemble nicht allein zur Last gelegt werden in einer Situation, in welcher die ökonomische Basis nichts Besseres ermöglicht; womit nicht gesagt werden soll, daß dort, wo viel Geld vorhanden ist, auch immer gutes Theater zu sehen ist.*

---

*Was verpflichtet uns eigentlich, der Revolutionen zu gedenken?*

---

*Das Theater ist ohnehin nur ein Symptom für eine allgemeinere Situation, in der von der offiziellen Politik ebenso, wie von den spärlichen Gegenöffentlichkeiten Entwürfe zu fordern sind, die die regionalen Probleme von Recklinghausen und - sofern möglich - vom Ruhrgebiet in einer Beziehung zu den dort Lebenden*

## ESSAY ZU LOKALER KULTUR

VON MARTIN W. SCHNELL

*aufgreifen. Welche Beziehung stellen aber Revolutionsstücke von Brecht, Toller und zur französischen Situation von 1789 zum Ruhrgebiet her? Welche wirksamen Anstöße haben sie gegeben? Was verpflichtet uns eigentlich, der Revolutionen zu gedenken? Alter ist nicht Kriterium für Güte. Was wollen vergangenen Revolutionen uns heute sagen? Zu sehen ist doch, daß das alte Ruhrgebiet mit seiner Arbeiterkultur und auch ein bestimmter Marxismus nicht am revolutionären Anfang, sondern eher am Ende sind oder bald sein werden. Die Wahlerfolge der SPD sind wohl kaum dieser selbst zuzuschreiben, sondern eher den Fehlern einer noch dumpferen CDU. Das bloße Gedenken an Revolution wird in dieser Situation zum schlechten Spektakel dessen, was war, aber nicht mehr ist. Gleichwohl wohnt diesem Gedenken doch eine gewisse Wahrheit inne, insofern am Anfang der roten Erde des Ruhrgebietes eine Art Hoffnung auf sozial-revolutionäre Veränderungen bestand. Mit dieser Vergangenheit ist die heutige Gegenwart unablässig verbunden. Wird diese Vergangenheit restauriert, wird sie zur Ideologie, die als Lüge über die Gegenwart hinwegtäuscht. So ist das 'Kommunistische Manifest' von Marx/Engels, welches neben billigen Schundromanen auf den Büchertischen des 1. Mai liegt, der ambivalente Ausdruck der gegenwärtigen Situation. Einerseits ist der kritische Anspruch zur billigen Ramschware verkommen, andererseits hat er zumindest noch diesen blassen und reduzierten Gehalt retten können, der aber kaum mehr zu etwas nütze ist. Darüber täuschen auch gute und sinnvolle Aktionen, wie die des "Theater im Depot" nicht hinweg.*

---

*Kultur wird zu bloßer Spielerei und unverbindlichem Geplätscher*

---

*Die traditionelle Arbeiterstadt Liverpool versucht den Unter-*

gang dadurch aufzuhalten, daß sie alte Fabriken zu postmodernen Yuppie-Hütten umbaut. Dieses mag das Ende für ein paar Jahre hinauszögern, wirksame Anregungen für das Stadtleben erwachsen daraus aber wohl kaum, da man geschlossene Gesellschaften von Neureichen fördert. Trotz aller Differenz hier bestehen Vergleichbarkeiten zu Recklinghausen und anderen Städten der Region (etwa Oberhausen) in der Weise, daß Kultur zu bloßer Spielerei und unverbindlichem Geplätscher wird, in dem auch Boentes Biergarten und die Kneipenmeile keine Ausnahme bilden, sondern eher zur Bestätigung der uralten Kommerzialisierung beitragen. Es gibt einen verstaubten und oft variierten Satz, der bei B. Brecht 'Erst kommt das Fressen und dann die Moral' lautet, bei A. Döblin hingegen 'Erst kommt die Moral und dann das Fressen'. Beide Sätze sind in der heutigen Situation falsch. Es müßte vielmehr lauten: Wir haben oder benötigen weiterhin das Fressen und die ökonomischen Notwendigkeiten und sind uns der Moral (d.h. der kritischen Kultur) nicht recht sicher. Der alte Marxismus vertrat die Ansicht, daß erst die Revolutionierung der Ökonomie alles andere der Umwälzung zuführt. Das Vorbild dieser Bilderbuchrevolution war die französische, was K. Korsch bereits in den 20er Jahren kritisierte, da das endliche Proletariat immer einem unendlichen Anspruch hinterherläuft, so daß an die Stelle der konkreten Veränderung das 'Prinzip Hoffnung' tritt, das weder realisiert noch enttäuscht werden kann. Für das Ruhrgebiet hieße dieses: Der ökonomische Umbau von der Arbeitsgesellschaft zur sog. 'Dienstleistungsgesellschaft' ist nicht in jedem Fall zu kritisieren, da die extreme Alternative nur in dem mehr oder weniger totalen Ausverkauf der Region bestehen würde.

Die neu ins Frankfurter Stadtparlament eingezogenen Grünen mußten frühzeitig erkennen, daß in ihrer Stadt ohne die Banken nichts läuft. Wer hier 'Verrat, Anpassung' ruft, sollte auch in diesem Fall die Alternativen bedenken. Frankfurt als Provinz? Wenn nicht dieses, dann wäre wohl zu fragen: Was läuft mit den Banken? Sicherlich sollte es weit mehr sein als die bloß gönnerhafte Unterstützung von Musikabenden, auf die L. Späth sich spezialisiert hat. Auch wenn Recklinghausen nicht Frankfurt oder Stuttgart ist, bleibt dennoch wahr, daß das große Theater über die Revolution oder der VHS-Kurs über Gorbatschow oder China vielleicht nötig, aber nicht hinreichend sind, um sich der Probleme der Region anzunehmen. Ähnliches ist von Duisburg zu sagen, das die teuerste Veranstaltung zur frz. Revolution durchgeführt hat, welche aber längerfristige Anregungen für die Bürger nicht zu liefern vermag.

Eine neue und andere Synthese wäre zu suchen.

Zu fordern wäre vielmehr ein Konzept (um nicht von der ausgelagerten Utopie zu sprechen), welches Probleme von Kultur, Politik und Leben der Ruhrregion aufgreift. Ein Konzept, das weder bloß der Ökonomie zur neuen Industrieansiedlung dient noch eine Kultur fortschreibt, die sich im seichten Geplätscher der Schicky-Mickys bekundet. Beide Ebenen von Ökonomie und Kultur dürften sich jedoch auch nicht in der alten Synthese 'Kohle für Kultur' zusammenfinden, da diese ja gerade heute fraglich geworden ist. Eine neue und andere Synthese wäre zu

# baukollektiv



- Altbausanierung
- Neu-, An- und Umbauten
- Baubiologie

betrieb in selbstverwaltung  
westcharweg 108  
4350 recklinghausen  
tel. 02361 - 17942

suchen. Eine Synthese, die weder bloß von oben das Ganze in den Blick nimmt, da sie sonst die Besonderheiten nicht erkennt was bis zur 'Unwirtlichkeit unserer Städte' (A. Mitscherlich) führen kann; noch darf einzig von unten das Besondere stilisiert werden, da sonst der Provinzialismus - den A.v. Kotzebue herrlich beschrieben hat - die Folge wäre. Eine anzustrebende Mitellage drückt sich in Begriffen wie Milieu oder Stadtviertel aus, die weder das Ganze noch das Einzelne meinen. Der Mensch ist weder ein isoliert einsames Wesen, mit Ausnahme derer, die es leider doch sind, noch geht der Mensch im Ganzen auf, wie es die Nazis und für sie M. Heidegger forderte. Das als Synthese Anzustrebende wäre radikal, aber nicht fundamental. Der Fundamentalismus, sei es der des Iran oder des New-Age, ist die falsche Antwort auf einen ins Stocken geratenen Industriekapitalismus. «««

## Anzeige

FÜR UMWELTGERECHTES LEBEN, WOHNEN UND BAUEN!

öko-markt

muta gmbh huckarder str. 12  
46 dortmund 1 tel.: 0231-161822



ZIRO-KORK

isofloc

## Sommerrock im Backumer Tal

Ska und Reggae von der Gruppe "El Bosso & die Ping Pongs" erwartet die Besucher des Sommerrocks am Samstag (8. Juli). 1985 war das Gründungsjahr der Band aus Münster, die damit dem schon totgesagten Ska-Rhythmus wiederbelebten. Wenige Monate nach Gründung konnte El Bosso einen ersten Platz beim münsteraner Nachwuchswettbewerb erspielen.

Die Musik: Jamaikanischer und englischer Ska- und Reggae der 60er und 70er Jahre. Die Texte, hier ein Beispiel: "Letzte Nacht schrie meine Leber nicht an: Komm schon, es ist bald zu spät! Hör auf zu trinken was immer auch - komm, komm schon, es ist bald zu spät."

Mit dabei ist die Hertener Gruppe "Sneerin Spider". Der Ort des Geschehens ist das Forum im Backumer Tal (Herten); Beginn ist 19 Uhr, der Eintritt frei.

Eine Fortsetzung erfährt der Sommerrock am 22. Juli mit den Gruppen "Dröhnemann" aus Dortmund und "Pride of a knight" aus Herten. Die Veranstalter im Hertener Jugendamt setzen auch hier auf deutsche Texte der Dröhnemänner. Hier werden auf lustige, ironische Art und Weise die Menschlichkeit auf die Schippe genommen. Rockmusik zum Tanzen. Auch für diese Veranstaltung gilt: Eintritt frei.



El Bosso & die Ping Pongs (8. Juli in Herten)

## Kultursplitter

### Folk im Schloßpark am 6. August

Zum 13. Mal führt das Jugendamt Herten u.a. diese Freiluftfestival im Hertener Schloßpark durch. Hier eine Übersicht der Gäste:

11.15 Sambanditos  
(Sambatanz)

12.00 Sheevon (Irische  
Folkmusik)

13.30 Sambanditos

14.00 Adesa (Afro-Dance und  
Drum Creation)

15.30 Marc Robine (Franz.  
Folkmusik)

17.00 Titi Winterstein (Musik  
d. Sinti u. Roma)

18.45 Leilo (Rumba und  
Flamenco aus Catalanien)

20.15 Thomas Nowak - Mighty  
Flea, Gene Connors (Blues'n  
Boogie-Woogie Band)

auf der Nebenbühne:  
Shellycoat, Eli Thoboll, Fred  
Ape und Guntmer Feuerstein,  
Surazo, Argum, An Erming

Die Besetzung der  
SAMBANDITOS schwankt  
zwischen 12 und 17 Musikern  
und Tänzern. Die Truppe spielt

ihre Herkunft aus dem Kölner  
Straßenkarneval (in seiner  
weniger etablierten Form)  
wollen sie nicht verleugnen. Der  
Samba läßt kein Bein im  
Publikum still stehen.

"Die musikalischen Träume  
von MARC ROBINE sind  
beeinflusst von Jack London und  
Hugo Pratt. Ihre wie Wellen  
ewig vorantreibenden  
Geschichten handeln von Häfen,  
dem Meer und rauchigen  
Kneipen. Sie erzählen von  
Reisen, die man im Kopf erlebt,  
und von langen Nächten, wo die  
Konturen von Tag und Nacht  
ineinander übergehen.... Klänge  
von Abenteuern, zu heiß, um sie  
zu bändigen. Kein Rock. Keine  
Folkmusik. Nur eine  
Melodienmischung, geboren aus  
der Verbindung zwischen  
französischem Chanson und  
Balladen, wie sie zum Beispiel  
Woody Guthrie sang..." (Jean  
Thefaine).



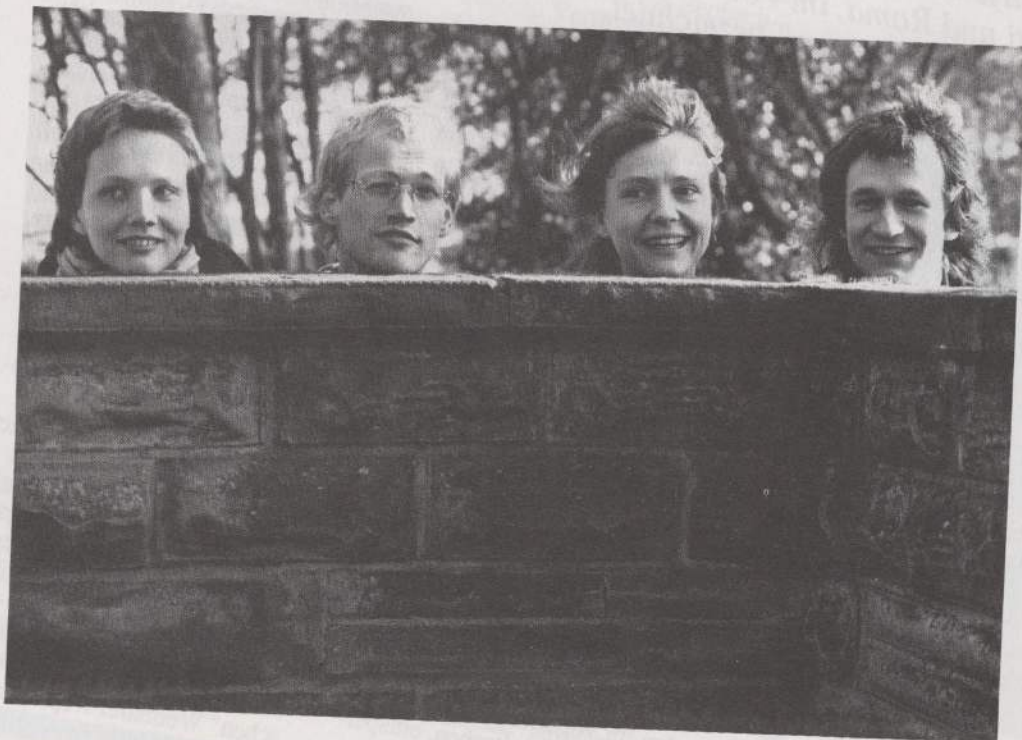
*Adesa (Folkfestival 6. Juli ca. 14 Uhr)*



*An Erminig (Folkfestival 6. Juli, Nebenbühne)*

TITI WINTERSTEIN gehört neben Schnuckenack Reinhardt und Häns'che Weiss zu den Vertretern der Musik deutscher Sinti. Titi Winterstein begann seine Musikerlaufbahn mit 15 Jahren (1972) als Geiger bei Häns'che Weiss. Seit elf Jahren geht er mit eigener Formation auf Tournee.

Die deutsche Gruppe SHEEVON präsentiert irische Volksmusik in der Originalsprache und begeistert auf ihren Tournéeen in Irland das Publikum mit ihren Interpretationen der eigenen Volksmusik.



*Shellycoat (Folkfestival 6. Juli, Nebenbühne)*

# Folk im Schloßpark

13. Internationales Festival „Folk im Schloßpark“  
in Herten  
Sonntag, 6. August 1989, 11.00 - 22 Uhr

**Erstmals mit Zirkuszelt!**

Rick Abao - Moderation  
Sambanditos - Tanz und Musik aus Brasilien  
Sheevon - Irish Folkmusik  
Adesa - Afro-Dance und Drum  
Creation aus Ghana  
Marc Robine - Französische Folkmusik und Chansons  
Titi Winterstein - Musik der Sinti und Roma  
Léilo - Rumba und Flamenco aus Catalanien  
Thomas Nowak - „Mighty Flea“ Gene Connors - Blues 'n Boogie-Woogie Band  
Auf den Nebenbühnen u.a.: An Erminig, Shelly Coat, Fred Ape & Guntmar Feuerstein, Surazo, Argeum, Eli Thoböll, Kinderzirkus „I Pazzoni“, sowie Pantomime, Zauberer und Feuerspucker.



**JA JUGENDAMT HERTEN**

**Kontakt:**  
Jugendamt Herten  
02366 / 30 34 52

**Wegbeschreibung:** Autobahn Oberhausen-Hannover (A2), Abfahrt Gelsenkirchen-Ost/Herten; Autobahn Münster-Wuppertal (A 43), Abfahrt Recklinghausen/Herten. Das Festival ist in Herten ausgeschildert.

**Eintritt frei!**

# Seit 600 Jahren verfolgt

## Die Geschichte der Sinti und Roma in Deutschland

VON KLAUS WITHÖFT

*Sie leben seit fast 1000 Jahren in Europa und seit dem 14. Jahrhundert auch in dem Teil, der sich heute Deutschland nennt. Ebenso lange währt die Geschichte ihrer Verfolgung bis hin zur physischen Vernichtung. Gemeint sind die Sinti und Roma, im Volksmund diskriminierend als "Zigeuner" bezeichnet.*

Die Vorfahren der Sinti und Roma wanderten vor ca. 1000 Jahren aus dem Nordwesten Indiens nach Europa ein. Die Gruppe, die sich heute als Sinti bezeichnet, lebt seit dem 14. Jahrhundert in Deutschland, Österreich und den umliegenden Gebieten. Die Roma lebten zunächst in Osteuropa. Vor 80-150 Jahren kamen sie nach Deutschland. Eine weitere Gruppe flüchtete in der Nachkriegszeit aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, der DDR und Polen in die BRD.

### *Der Leidensweg der Sinti und Roma*

Lediglich die ersten 80 Jahren ihres Aufenthaltes in Europa

verliefen für die Sinti und Roma normal und werden aus diesem Grund als ihre "goldenen Jahre" bezeichnet. Mit Schutzbriefen des deutsch-römischen Kaisers Siegismund ausgestattet, konnten die Sinti und Roma unbehelligt durch die deutschen Lande reisen.

Ende des 15. Jahrhunderts begann die Verfolgung der Sinti. Der brandenburgische Kurfürst Achilles verbot ihnen den Aufenthalt in seinem Land. Kurz darauf folgte das gesamte deutsche Reich diesem Beispiel. Auf den Reichstagen in Lindau und Freiburg wurde der Schutzbrief aufgehoben und die Sinti wurden für vogelfrei erklärt. Jeder durfte sie auspeitschen, einsperren oder gar töten. Die Sinti überlebten diese Zeit nur, weil

die verschiedenen deutschen Kleinstaaten diese Frage unterschiedlich handhabten. Erst die Wirren des 30jährigen Krieges lenkten etwas von der "Zigeuner"verfolgung ab, die jedoch im 17. und 18. Jahrhundert unvermindert fortgesetzt wurde.

Im ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert wurde die physische Existenz der Sinti wenigstens geduldet. Sie lebten als reisende Handwerker und Künstler. Versuche, die Sinti anzusiedeln, scheiterten zumeist an ihrer Inhumanität und an ihrem Zwangscharakter.

Mit der Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 wurden die Repressionen zunehmend koordiniert. Ihnen wurden Gewerbescheine verweigert. "Zigeuner" ohne deutsche Staatsangehörigkeit wurden ausgewiesen, und das gesamte Leben der Sinti wurde durch sogenannte "Zigeuner-Nachrichtendienste" einer Kontrolle unterworfen.

In den ersten drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ließ sich eine wachsende Zahl von Sinti- und Roma-Familien aus Angst vor den Repräsentationen und wegen der verschlechterten Bedingungen im Handel und Kleingewerbe in deutschen Großstädten nieder. Auch in der "demokratischen" Weimarer Republik wurde die ethnische Minderheit

in verfassungswidriger Weise unter Zuhilfenahme von Ausnahmeverordnungen terrorisiert. Insbesondere durch die Anordnung der Daktyloskopierung (Entnahme von Fingerabdrücken) aller Sinti und Roma wurde schon in der Weimarer Republik die Grundlage für den Völkermord der Nazis an den Sinti und Roma geschaffen.

### *Der zweite Völkermord der Nazis*

Die Verfolgung der "Zigeuner" im Dritten Reich stand der der Juden in nichts nach, ist aber bis zum heutigen Tage wesentlich stärker verdrängt und gelehnt worden. Doch die Tatsachen sind eindeutig.

Die Sinti und Roma waren aufgrund ihrer geringen Anzahl (ca. 20.000) und ihrer unbedeutenden gesellschaftlichen Position nicht so im Brennpunkt der Propaganda wie die Juden. Doch bereits mit den ersten Erlassen und Gesetzen des NS-Staates begann ihre Verfolgung. Alle Sinti und Roma wurden systematisch erfaßt. Sie konnten zwangssterilisiert, in KZs eingewiesen oder ins Ausland abgeschoben werden. Sie bekamen keine Arbeit mehr und durften keine "deutschen" PartnerInnen mehr heiraten.



Um das Ausmaß von Menschenverachtung zu erkennen, das den ideologischen Hintergrund dieser behördlichen Repressionen bildete, sei hier nur ein Zitat wiedergegeben. Der Hauptstellenleiter im Rassenpolitischen Gauamt München-Oberbayern schrieb in der Zeitschrift des NS-Ärztbundes 1938: "Ratten, Wanzen und Flöhe sind auch Naturerscheinungen, ebenso wie die Zigeuner und Juden. Sie sind daher gleichfalls gottgegebene Wesen, aber man kann sie ebenso wenig durch rücksichtsvolle Behandlung bessern oder beim Zusammenleben von uns fernhalten wie entartete Asoziale und unnormal ichtstichtige, kriminell-hemmungslose Menschen. Alles Leben ist Kampf. Wir müssen deshalb alle diese Schädlinge biologisch allmählich ausmerzen, und das heißt heute, die Lebensbedingungen unseres Volkes durch Erweiterung der Sicherheitsverwahrung und Sterilisationsgesetze so grundlegend ändern, daß alle diese Feinde unseres Volkes langsam, aber sicher zur Ausmerze gelangen."

Diese Ausmerzung fand nicht nur auf dem Papier statt. Im Laufe der Zeit wurden durch das sogenannte Rassehygieneinstitut über alle Personen, die verdächtigt wurden, "Zigeuner" zu sein, Rassegutachten erstellt. Das Schicksal derer, die das Institut als Zigeuner einstufte - und sei es nur als 1/4 oder 1/8 Zigeuner (d.h. einer der acht Großeltern war Zigeuner)! Schon 1936 wurden die ersten 400 Sinti und Roma in das KZ Dachau deportiert. Ab dem September 1939 folgte die Verschleppung aller Sinti und Roma des Reiches nach Polen. Die Entscheidung zum Völkermord fiel am 16.12.1942, als Himmler den Auschwitz-Befehl für die "Zigeuner" unterzeichnete. Innerhalb weniger Wochen trafen 10.000 von ihnen in dem Vernichtungslager ein. Langfristiges Ziel der NS-Politik war auch in den besetzten Ländern die Internierung der Roma in Sammellagern und deren Abtransport zur "Vernichtung durch Arbeit" oder sofortige Liquidation nach

Deutschland Polen. Das Völkermordprogramm der Nazis war vorwiegend für Ost- und Südosteuropa konzipiert, wo 4/5 der europäischen Roma lebten. Die Zahl der Opfer, die von SS-Einsatzgruppen erschossen, durch Zwangsarbeit zu Tode geschunden, vergast wurden, verhungerten oder bei medizinischen Menschenversuchen getötet wurden, ist nicht genau zu rekonstruieren. Allgemein wird von ca. einer halben Million ermordeter Sinti und Roma ausgegangen.

### *Verfolgung und Diskriminierung nach 1945*

Auch nach der Niederschlagung des Faschismus lebte die Tradition der Verfolgung und der Vorurteile gegenüber den Sinti und Roma weiter. Die Verantwortlichen wurden nicht zur Rechenschaft gezogen. Im Gegenteil. Wie nahtlos sich der Übergang vom Völkermord in der NS-Diktatur zur Diskriminierung in der Bundesrepublik Deutschland vollzog, zeigt sich u.a. daran, daß die Akten der "Rassehygienischen und bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle" 1950 der neugegründeten "Landfahrerzentrale beim bayerischen LKA übergeben wurden. Diese Dienststelle wurde von alten NS-Zigeunerspezialisten geleitet und legte den Grundstock für die erneute bundesweite Erfassung der Sinti in "Zigeunerkarteien". Diese enthielten neben einer Namens-, Lichtbilder-, Kraftfahrzeug- und

Stichwortkartei auch eine Merkmalskartei, in der die ein-tätowierten KZ-Nummern vermerkt waren und zur Personenidentifizierung benutzt wurden. Die Landfahrerzentrale arbeitete in engem Kontakt mit den Landeskriminalämtern und machte es auf diesem Weg allen Polizeidienststellen zur Auflage, mit Erfassungsbögen alle Sinti- und Roma-Familien, ihre Gewerbetätigkeit und ihre Reisewege nach München zu melden und sie erkenntungsdienstlich zu behandeln.

So verwundert es auch nicht, daß die neue Landfahrerordnung aufs Haar dem nationalsozialistischen Zigeunergesetz glich. Sie wurde erst 1970 für verfassungswidrig erklärt und insofern aufgelöst, als alle vorhandenen Daten in den neuen elektronischen Kommunikationssystemen der Polizei zusammengefaßt wurden.

Die personelle und materielle Kontinuität der "Zigeunerverfolgung" hatte auch Auswirkungen auf die Praxis und Ausbildung der Polizei. Der Leiter einer Sonderkommission in Düsseldorf, die die Bezeichnung "Diebische Landfahrer" trug, schrieb im Dezember 1962 in der Polizeizeitung "Kriminalistik" über die Ergebnisse seiner Arbeit: "Bei der zur Beobachtung zur Verfügung stehenden Gruppe handelt es sich um ... Zigeunermischlinge mit Elternteilen deutschblütiger, jüdischer, aber auch kombinierter Zusammensetzung, letztlich also Mischvolk aus drei Blutstämmen, bei denen - biologisch un-terstellbar - ein Konzentrat negativer Erbmasse zu verzeichnen sein dürfte (Verschlagenheit, Hinterhältigkeit, Brutalität, Trunksucht, Selbstmordneigung usw.)." Diese rassistischen Vorurteile innerhalb der Polizei dürften sich im wesentlichen nicht von der Auffassung der Bevölkerungsmehrheit unterscheiden, wirkten sich aber für die Sinti und Roma besonders negativ aus. Sie stehen noch heute unter ständiger polizeilicher Kontrolle. Bis 1967 wurde eine gesonderte "Landfahrer-Kriminalstatistik" geführt, die

Anzeige

Eine Tondokumentation zeigt, warum die Nazis Musik und Musiker/innen verfolgten.

## "Entartete Musik".



Musik, die den Nazis nicht paßte oder die sie nicht verstanden, galt als "entartet".

Wer sich für die Leidenszeit deutscher Musik, wer sich für die Kultur- und Propagandapolitik im Hitler-Regime interessiert, braucht die ungewöhnliche Tondokumentation "Entartete Musik". Es gibt sie nur bei uns.

Entweder als LP-Set mit 4 LPs nur 47,90 DM. Oder als CD-Set mit 4 CDs nur 57,90 DM.

Und als Buch: Großformat 27x21 cm, 200 Seiten, über 100 Bilder, zahlreiche z.T. erstgedruckte Dokumente. Nur bei uns. Nur 44 DM.

## Zweitausendeins

Essen  
Flachsmarkt 11  
Telefon (0201) 22 36 56  
Wir haben ab 10 Uhr geöffnet

Anzeige



**WINDRA**  
Super-Leichtsportrad 28 LADY  
Erfolgreich,  
weil überlegen.

der  
★**Fahrradladen**

BOCHUM, HERNER STR. 125  
0234/58 28 26

aber nicht den Beweis für einen besonderen Hang der Sinti zum Kriminellen erbringen konnte. Die festgestellte Kriminalitätsrate entsprach mit 0.1 % genau dem Anteil der Gruppe an der Gesamtbevölkerung. Auf der anderen Seite wurden von 1945-1980 vierzehn Sintis von der Polizei erschossen. Bei dem genannten Bevölkerungsanteil hätte die Polizei im gleichen Zeitraum 15.000 weitere Bundesbürger erschießen müssen.

### Der Betrug um die Wiedergutmachung

Eine angemessene Entschädigung für die Greuelthaten der NS-Diktatur hat kaum einer der überlebenden Sinti erhalten. Die wenigen, die überhaupt Wiedergutmachungszahlungen erhielten, mußten oft Jahrzehnte darauf warten.

Sofort als 1950 die Zuständigkeit für Wiedergutmachungsleistungen von den Alliierten auf die bundesdeutschen

Behörden übergang, wurden von den zuständigen Ministerien Anweisungen herausgegeben, die Sinti und Roma möglichst vollständig von den Zahlungen auszuschließen. Die Argumentation, mit der dies geschah, kann nur als eine zweite Verfolgung durch die NS-Rassendeologie bezeichnet werden. Sinti und Roma wurden, so die offizielle Lesart, nicht aus rassi-

schen Gründen in die Konzentrationslager eingeliefert, sondern zur "Kriminalitätsprävention und Asozialenbekämpfung". Ein Anspruch auf Wiedergutmachungszahlungen liege also nicht vor. Als Beweis wurden wiederum die Akten des NS-Rassehygieneinstituts herangezogen, die als Gründe für die Einweisung in die Vernichtungslager natürlich nicht rassische Verfolgung angaben.

Gestützt wurde diese Argumentation von denselben WissenschaftlerInnen, die am Völkermord aktiv mitgewirkt hatten. Sie traten bis in die 60er Jahre als GuchmacherInnen in Wiedergutmachungsprozessen auf. Eine rassische Verfolgung, so entschied der Bundesgerichtshof 1956, könne erst ab 1943 vorgelegen haben. Dieses Urteil wurde zwar bezüglich des Zeitraumes im Jahre 1963 korrigiert, von da an galten die Sinti und Roma seit 1938 als rassistisch verfolgt, mittlerweile waren aber viele der Betroffenen schon verstorben oder durch den jahrzehntelangen Streit mit den Be-

hörden entmutigt. Zwar wurde 1981 ein Fonds zur Abgeltung von Härtefällen in Höhe von 100 Millionen DM eingerichtet, die Vergabe wird aber so restriktiv gehandhabt, daß z.B. die Mittel für laufende Rentenzahlungen bei weiterer Verwendung in dieser Art noch ca. 130 Jahre lang reichen.

Dieser Betrug um die Entschädigung führte zusammen mit der allgemeinen sozialen Benachteiligung dazu, daß viele Sinti und Roma nicht in der Lage waren, sich eine neue Existenz aufzubauen. Die Zerschlagung der Familienverbände, die Behinderung der fahrenden Wirtschaftsweisen von Kleinhändlern und Handwerkern durch polizeiliche Maßnahmen und die von Konzentration und Rationalisierung geprägte Entwicklung der Wirtschaft drängte viele Sinti und Roma in Obdachlosensiedlungen und Wohnwagendauerplätze. Dort wurden und werden sie, ohne Chance, sich aus eigener Kraft aus ihrer Lage zu befreien, der Sozialhilfe überlassen. «««

# GANZ SPITZ AUF DIE TAZ SIND



# NICHT NUR DIE SPITZEL

VOM SOGEN. VERFASSUNGS„SCHUTZ“, SONDERN JEDE WOCHE WEIT ÜBER 100 NEUE LESERINNEN UND LESER. AUCH...

Die folgende Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65

DIESE ZEITUNG KANN ICH NICHT LINKS LIEGEN LASSEN!

**ich bestelle die taz**

- 4 Wochen für 25 Mark
- 8 Wochen für 50 Mark



**DIESES ABO VERLÄNGERT SICH NICHT AUTOMATISCH!**

Name, Vorname: .....

Straße, Hausnummer: .....

PLZ / Ort: .....

Datum, Unterschrift: .....

Verrechnungsscheck liegt bei      Bargeld liegt bei

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum, Unterschrift: .....

# Kontakte und Adressen

## Beratung, Selbsthilfe

**Aids-Beratung,**  
Kreisgesundheitsamt Zi. 4/131,  
Tel. 02361/534-131-38

**Erwerbstätige u. Arbeitslose  
gegen Arbeitslosigkeit**  
(EGAL), im Zentrum für Arbeit  
und Begegnung, Kellerstr. 10,  
Tel. 02361/16224, Mo.-Fr.  
10.00 - 14.00

**Anonyme Drogenberatung**  
(Drob), Hochlarmark Str. 73,  
Tel. 02361/36022, Mo.-Do.  
10.00 - 20.00, Fr. ab 14.00

**Arbeitslosenzentrum Süd,**  
Sauerbruchstr., Tel.  
02361/61115, Mo.-Do. 9.00 -  
17.00, Fr. 9.00 - 16.00,  
Zeitungsgruppe Mi. 19.00

**Barke, Verein f. Psychosoz.**  
Selbsthilfe, Elper Weg 7, Tel.  
02361/15974

**Beratungs-  
u. Begegnungszentrum (BBZ),**  
Kölner Str. 72, Tel.  
02361/33683, Mo.-Fr. ab 10.00

**Mieterverein, Castroper Str.**  
13, Tel. 02361/498911,  
Mo.u.Do. 15.30 - 18.00,

**Pro Familia, Springstr. 11,**  
Tel. 02361/26701, Di.u.Do.  
15.00 - 19.00, Jugendtelefon Mi.  
14.00 - 17.00

**Verbraucherberatung,**  
Breitestr. 24, Tel. 02361/27101

## Frauen

**Autonome Frauengruppe,**  
c/o Frauenzentrum, Halterner  
Str. 4 a, Tel. 02361/15457,  
Gruppentreff Mi. 19.30

**Demokratische Frauen-  
Initiative (DFI) u. 218-Gruppe,**  
c/o Waltraud Weber, Hillen 15,  
Tel. 02361/47697,  
Gruppentreffs Di. 20.00  
Halterner Str. 4 a

**Frauen am Lohtor, Christl.**  
Wohngemeinschaft, Am Lohtor  
1, Tel. 02361/23004

**Frauenberatung, Halterner**  
Str. 4 a, Mo.-Fr. 9.00 - 17.00

**Frauen, Notruf, Halterner**  
Str. 4 a, Tel. 02361/15457,  
Mo.u.Do. 19.00 - 22.00, Di.  
10.00 Frauenfrühstück, Mi.  
16.00 offener Gesprächskreis,  
Di. 18.30 Selbsthilfegruppe  
f. Frauen mit Eßstörungen,

**Gleichstellungsbeauftragte**  
Tela Kitschke, Stadthaus C, Zi.  
102, Tel. 587833, Di.u.Fr. 8.30 -  
12.00

## Initiativen, Vereine

**Amnesty International, c/o**  
Dorothee Lüke, Nordseestr. 33,  
Tel. 02361/498432, jeden 1.u.3.  
Do. i.M. Gruppentreff  
i. Gemeindehaus Paulus

**Antifaschistischer Bund**  
(AFB), c/o Carsten Thiemann,  
Oberlinstr. 19, Tel. 02361/44508

**Antifaz, c/o W. Tschentscher,**  
Börster Weg 36, Tel.  
02361/14898, Treffs in der  
Altstadtschmiede

**Bündnis für Kommunales**  
Wahlrecht f. Ausländer/innen,  
c/o Martin Uphoff, Tiefer Pfad  
29, Tel. 02361/15323

**Bürgerinitiative**  
"Atomstop", c/o Dorothee  
Vogel, Reitzensteinstr. 2 a, Tel.  
02361/182347

**Deutsch-Türkischer-Verein,**  
Am Steintor 5, Tel.  
02361/17483, Mo.u.Di. 9.00 -  
12.00 und 14.00 - 15.30, Do.  
14.30 - 18.30

**Deutsche**  
**Friedensgesellschaft -**  
**Vereinigte Kriegsgegner**  
(DFG-VK), c/o Jürgen Pawlik,  
Sedan Str. 16, Tel.  
02361/61143, 1.u.3. Mi. i.M.  
19.30 Heinrich-Pardon-Haus

**Eltern gegen Aussonderung,**  
c/o Mechthild Strake, Elper  
Weg 88, Tel. 02361/27561,  
jeden 2. Mi. i.M. 20.30  
Gaststätte Rosengarten,  
Dorstener Str. 100

**Förderkreis**  
**Städtepartnerschaft,**  
Recklingh.-Sebaco, c/o Michael  
Streuer, Wickingstr. 18, Tel.  
02361/59536, Mo. 20.00  
Altstadtschmiede

**Friedensinitiative**  
**Quellberg/Ost, c/o Vitus**  
Lersch, Nordseestr. 114, Tel.  
02361/492083, Do. 20.00  
Gaststätte Zur langen Theke

**Friedensinitiative Süd, c/o**  
Albrecht Weidling, Tiefer Pfad  
24, Tel. 02361/14613, Do. 20.00  
Dritte-Weltladen, Bochumer Str.  
163

**Friedensinitiative West, c/o**  
Jürgen Flüchter, Regerstr. 4,  
Tel. 02361/183141, Do. 20.00  
Gaststätte Paulus Eck

**Informationszentrum**  
**Umwelt- u. Naturschutz (IUN),**

Martinistr. 36, Tel.  
02361/23686, Do. 16.30 - 19.30  
**Jugendclub Courage** (DFG-  
VK), c/o Stefan Fokken, Hillen  
15, Tel. 02361/492635, Do.  
20.00 Deutsch-Türkischer-  
Verein

**Kinderschutzbund,**  
Dortmunder Str. 11, Tel.  
02361/44447, 16.00 - 18.00

**Koordinationskreis f.**  
**Flüchtlingsfragen,**  
Gemeindehaus Magdalenenstr.,  
Mi. 19.00 Beratung  
**Landschaftsschutzgemeinsc**  
**haft Fluglärm Lohmühle,**  
Mühlenstr. 9, 4370 Marl, Tel.  
02365/81616

**Ökologische Verbraucher-  
Initiative, c/o Dorette**  
Eikelkamp, Gerhart-  
Hauptmann-Str. 29, Tel.  
02361/181652, jeden 1. Di. i.M.  
20.00 Naturschutzbüro  
Martinistr. 36

**Recklinghäuser Cultur**  
**Kooperative (RECK), Tel. 587-  
379**

**Verband alleinerziehender**  
**Väter u. Mütter e.V., c/o**  
Marianne Facios, Stadthalle  
Berliner Platz 14, 4353 Oer-  
Erkenschwick, Tel. 02368/3775,  
Mo-Fr. 9.00 - 13.00

## Jugend

**Altstadtschmiede, Sozio-  
kulturelles Zentrum, Kellerstr.**  
10, Tel. 02361/21212

**Jugendzentrum Heinrich**  
**Pardon-Haus, Wichernstr. 2,**  
Tel. 02361/44666

**Jugendzentrum Karl-  
Straße, Karlstr. 21, Tel.**  
02361/34706, Mo. 14.00 -  
20.00, Di.-Fr. 14.00 - 21.30, So.  
14.00 - 20.30

**Jugendzentrum Südpol,**  
Marienstr. 2, Tel. 02361/64341  
**Regionalstelle für Kath.**  
**Jugendarbeit, Kemnastr. 7**  
(Stadtjugendring), Tel.  
02361/57046

## Parteien, Gewerkschaften

**CDU, Ratsfraktion, Castroper**  
Str. 12, Tel. 02361/42002

**DGB und DGB-  
Kreisjugendausschuß,**  
Dorstener Str. 27 a, Tel.  
02361/21040 u. 21049

**DKP, Wiener Str. 55 a, Tel.**  
02361/31437

**Grüne, Ratsfraktion, Rathaus,**  
Zi. 117, Tel. 02361/587462,  
Mo.-Fr. 9.00 - 13.00

**Grüne, Stadt-  
u. Kreisverband, Herner Str. 43,**  
Tel. 02361/181241, Mo. 20.00  
Offener Treff; Mi. 20.00 Öff.  
Ratsfraktionssitzung  
**IGBE, Herner Str. 18, Tel.**  
02361/25091

**IGM, Dorstener Str. 27 a,**  
Tel. 02361/22213  
**Jungsozialisten,**  
Stadtverband, Paulusstr. 45, Tel.  
02361/29329

**MLPD, c/o Christoph Klug,**  
Schützenstr. 16, Tel.  
02361/182772

**ÖTV, Dorstener Str. 27 a,**  
Tel. 02361/22225

**SDAJ, c/o Ralf Conrad,**  
Dorstener Str. 82, Tel.  
02361/57209

**SPD, Ratsfraktion, Herbert**  
Wehner-Haus, Paulusstr. 45,  
Tel. 02361/24750

## Verschiedene

**Attatroll Buchladen, Herner**  
Str. 16, Tel. 02361/17002

**Baukollektiv, Westcharweg**  
108, Tel. 02361/17942

**Christliche Arbeiter Jugend**  
(CAJ), Kemnastr. 7, Tel.  
02361/15618

**Fachwerk e.V.,**  
Stadtteilzeitung für Quellberg  
und Hillen, c/o Rudolf Link,  
Norderney Str. 12, Tel.  
02361/46433, c/o Ulrich Tietz,  
Langeoog Str. 57, Tel.  
02361/44475

**Familienbildungsstätte,**  
Kemnastr. 23 a, Tel.  
02361/22551,

**Junges forum,**  
Ruhfestspielhaus, Tel.  
02361/15521

**RE-WIR, Grüne Zeitung, c/o**  
Grünes Büro, Herner Str. 43,  
Tel. 02361/181241, Mi. 18.00

**Rote Hilfe, c/o Almuth Euler,**  
Immenkamp 21, Tel.  
02361/12657

**Sonnenblume**  
**Naturkostladen, Springstr. 2,**  
Tel. 02361/13927

**Theater im Depot, Castroper**  
Str. 23, Tel. 02361/47774

**Volkshochschule,**  
Herzogswall 17, Tel.  
02361/587383

**Zett, Schaumburgstr. 14, Tel.**  
02361/13852, Fr. 20.00

**ZETT**

**MELDUNGEN & TRENDS AUS DER PROVINZ**

**MELDUNGEN & TRENDS AUS DER PROVINZ**

**MELDUNGEN & TRENDS AUS DER PROVINZ**

**MELDUNGEN & TRENDS AUS DER PROVINZ**